

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesch!»

Sonntag,

2. März 1879.

Inserate

Für die Expositionen in
Leipzig zu jenen.

Inschriften gebührt

für die Spaltenzelle 20 Pf.
unter Einzelhandel 20 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 28. Febr. Heute oder morgen findet eine Sitzung der Commission zur Berathung von Schutzmaßregeln gegen Pestgefahr statt. Derselben sind in Ausführung ihrer Beschlüsse vom 4. Febr. vom Cultusministerium Vorlagen zugegangen betreffs Quarantäne- und Desinfizierungsmassregeln, wie solche bei dem jetzigen Stande der Epidemie schon Anfang des Monats in Aussicht genommen waren. Man vermutet, daß nur für größere Häfen Quarantäneanstalten errichtet werden und nach kleineren Häfen bestimmte Schiffe ebenfalls diese Quarantäneanstalten anlaufen haben. (Wiederhol.)

* Duisburg, 28. Febr. Bei der gestern im 6. düsseldorfer Wahlkreise stattgefundenen Erstwahl zum Reichstage siegte nach einer Mittheilung der Rhein- und Ruhrzeitung der Kandidat der National-Liberalen Hüttendirektor Servaes (Ruhrort) mit bis jetzt 13900 Stimmen über den von der vereinigten ultramontanen und Handwerkerpartei aufgestellten Tischlermeister Brandes (Berlin), welcher nur 6300 Stimmen erhielt. Das Ergebnis der noch ausstehenden Bezirke dürfte auf das bisherige Resultat ohne Einfluß bleiben.

* Leipzig, 27. Febr. Die Besitzer der inundirten Kohlenwerke veranlassen eine nochmalige bergamtliche Commission zur Feststellung des Sachverhalts, und wird die signalisierte Absendung einer Deputation erst später stattfinden. Berggrath Wolf begann heute die Abtrennung der Riesenquelle, um hier Beobachtungen anzustellen; er wird mittels Bohrversuchen den Lauf der Porphyrspalte von der Riesenquelle in der Richtung zum Döllinger Schachte verfolgen. (Post.)

* Leipzig, 27. Febr. Berggrath Wolf meldet: „Heute früh war der Wasserspiegel im Döllinger Schachte noch um 3,5 Meter tiefer als der gespannte und nicht irritierte Wasserspiegel in den schönauer Quellen und im Steinbade. Trotzdem steigen schon die warmen Wasser in den entleerten Brunnen der Stadt, während die nicht entleerten kalten Brunnen sich noch weiter in ihrem Wasserspiegel erniedrigen; der entleerte gewesene Brunnen des Hrn. Frohne zeigte um 12 Uhr 30 Min. mittags 43 Centimeter Wasser mit der Temperatur 19,5° C. Ich beglückwünsche Leipzig.“

* Triest, 28. Febr. Der Lloydampfer Saturno ist heute Nachmittag 3½ Uhr aus Konstantinopel hier eingetroffen. Am Bord desselben befand sich der britische Botschafter bei der Pforte, Layard.

* Budapest, 28. Febr. Das Unterhaus hat beschlossen, in die Specialdebatte des Budgets einzutreten. Die liberale Partei, ein großer Theil der vereinigten Opposition sowie außerhalb der Parteien stehende Abgeordnete stimmten für das Budget.

* Rom, 28. Febr. Der Papst hat heute ein Consistorium abgehalten und in demselben einen Patriarchen für Antiochia und Babylonien sowie mehrere

Bischöfe in Italien und Spanien ernannt. Zum Bischof von Stuhlweihenburg wurde Bauer, zum Bischof von Parenzo und Pola wurde Glavina, zum Bischof von Bamberg wurde Professor Stein, zum Camerengo des Heiligen Collegiums für das laufende Jahr wurde Cardinal Borromeo ernannt.

* Paris, 27. Febr. Infolge der Erzeugung des Polizeipräsidenten Gigot durch Regnault, bisher Präfect der Charente inférieure, wurde die Interpellation des Ministers Marcère heute aufgegeben. Man läßt Gigot allgemeine Anerkennung widerfahren und tabelliert das Verhalten des Ministers Marcère in dieser Angelegenheit, da darin nur neue Concessions an die Radikalen liegen. — Der gestrige Empfang im Elysée war zahlreich besucht, die Physiognomie desselben eine eigenhümliche. Neben dem diplomatischen Corps waren nur republikanische Députirte, Gemeinderäthe, Advocaten &c. anwesend. Das gänzliche Fehlen der sogenannten Gesellschaft gab dem Empfange einen durchaus bürgerlichen Anstrich. — Leon Say wird wegen der Conventionsangelegenheit heftig angegriffen und ihm der Vorwurf von Vorspannern und einer standalösen Nichtachtung der Interessen des Publikums gemacht. Say's Stellung wird für erschüttert angesehen.

* London, 28. Febr. Nach einer Mittheilung des Reuter'schen Bureau beabsichtigt die Königin nicht, sich nach Deutschland zu begeben, sondern nur Italien einen kurzen Besuch abzustatten. Nach den bis jetzt getroffenen Dispositionen werde die Königin England gegen den 25. März verlassen und sich über Frankreich, den Mont-Cenis und Turin nach Baveno am Lago-Maggiore begeben, wo der Königin die Villa Clara von deren Besitzer zur Verfügung gestellt werden sei. Die Reise werde im strengsten Incognito unternommen.

* London, 28. Febr. Dilke bestreitet die Richtigkeit der von dem Standard gebrachten Meldung, daß er beabsichtige, seine am 19. Febr. eingebrachte Resolution zurückzuziehen. — Die Stat. für die Flotte ist für das Finanzjahr 1879/80 auf 10,586893 Pf. St. oder 1,543007 Pf. St. weniger als im Vorjahr veranschlagt. Die Stärke der Mannschaft wird auf 59118 Mann angegeben gegen 60000 Mann im Vorjahr.

* London, 28. Febr. Nach aus Capetown hier eingelangten Nachrichten vom 11. Febr. hielten sich die englischen Truppen fortgesetzt in der Defensive und warteten die verlangten Verstärkungen ab. An der Grenze herrschte Ruhe, die Boeren im Transvaallande weigerten sich, den Engländern beizustehen.

* Kopenhagen, 28. Febr. Die Eisverhältnisse im Sund sind unverändert. Die Eisenbahnen auf Seeland sind wieder fahrbare, nicht aber diejenigen auf Saaland-Holster und Fünen. In Jütland sind die Bahnen zum Theil wieder betriebsfähig. Heute ist keine Post aus dem Auslande zu erwarten.

* Petersburg, 28. Febr. Bezüglich der Krankheit Prokowjew's schreibt der «Regierungsbote»: „Die unter dem Vorstehe des Stadthauptmanns gebildete Sanitätscommission bestätigte am 26. Febr., daß der vermeintliche Pestkrank Prokowjew an Syphilis leidet und die Delusionschwelungen nur hierdurch bedingt seien. Das diesbezügliche Protokoll ist von vier Ärzten, dem General Surow, dem Stadthauptmann Baron Kow und dem Vorsitzenden der Sanitätscommission Lichatschew unterzeichnet worden. Am 27. Febr. ist Prokowjew abermals durch eine besondere, aus Mitgliedern des Medicinalrats gebildete Commission untersucht worden, welche in dem hierüber aufgenommenen Protokoll sich gleichfalls dahin aussprach, daß die Erkrankung syphilitischer Natur sei. Auf Grund des gleichartigen Ergebnisses der beiden Untersuchungen wird beabsichtigt, die strengen sanitätspolizeilichen Massregeln gegen die vor dem mit Prokowjew zusammenwohnenden Personen sofort aufzuheben.“

* Petersburg, 28. Febr. Der Finanzminister Greigh ist von seinem temporären Unwohlsein wieder genesen und führt die Geschäfte weiter. — Anlässlich des Ablebens des Großfürsten Wladislaw Konstantinowitsch ist eine dreimonatliche Hoftrauer angeordnet worden.

* Petersburg, 28. Febr. In dem von russischen Truppen seit einer Woche besetzten Fort Araktabia wird seitens dieser mit der vertragmäßigen Abtragung der Befestigungswerke vorgegangen.

* Wien, 28. Febr. Meldung der Politischen Correspondenz aus Adrianopel von gestern: „Ein neuerlicher Versuch der Bulgaren, Unruhen zu erregen und Massendemonstrationen gegen die Wiederherstellung der türkischen Herrschaft ins Werk zu setzen, ist von den russischen Behörden energisch vereitelt worden. Gleichzeitig wurden Vorschriften getroffen, um die Ausführung eines entdeckten, auf die Einäscherung der Stadt Adrianopel gerichteten Anschlags zu verhindern. Die Generale Molostow und Stobolew haben sich dem Consul gegenüber für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit verbürgt. — General Todleben begibt sich am 6. März zur Inspektion von Truppen nach Jamboli und nach den Schilapässen.“

* Washington, 28. Febr. Die Repräsentantenkammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, wonach die Vergütung der Obligationen mit dem 30. Tage nach der erfolgten Anzeige von deren Einlösung anfängt.

Bund Deutschen Reichstage.

* Berlin, 28. Febr. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Verathung des Weltpostvertrages, des Uebereinkommens betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe und des Uebereinkommens betreffend den Austausch von Postanweisungen.

Chess. Will ich von der Stadtexpedition aus mit dem Postmann der Fabrik, die, wie Du weißt, etwa fünf Miles (acht Kilometer) entfernt liegt, sprechen, so lasse ich unsere Glocke in der Centralstation erklingen, werde dann sofort gestutzt „Woll?“ worauf ich den Wunsch ausspreche, mit unserer Fabrik, also mit Draht a., zu communiciren. Die Verbindung der Drähte wird sogleich in der Centralstation bewerkstelligt und die Conversation zwischen mir und dem Bureau in der Fabrik ist in wenigen Minuten erledigt. Stellt sich während dieser Unterhaltung heraus, daß in der Fabrik sofort eine größere Quantität von gewissen Chemikalien erforderlich wird, so lasse ich wieder unsere Glocke a. der Centralstation erklingen und auf das zweite „Woll?“ von dorther ersuche ich den Beamten dasselbst, uns doch mit dem Draht der Firma Wahla u. Chappell an Archer Avenue verbinden zu wollen. Sowie es geschiehen, erhalte ich das Signal von der Centralstation, und auf meine Anfrage an Wahla u. Chappell: „Sind Sie bereit, zu hören?“, vernehme ich den W. 's Stimme, welche „all right“ antwortet. Die Bestellung wird sofort telephonisch besorgt, die abschließende Abhandlung des Gewünschten und zugestichert. Seit meinem ersten Signal nach der Centralstation bis zu dem Ende meiner Unterhaltung mit Wahla u. Chappell sind erst fünf Minuten verstrichen. Und alles dies wird verhandelt und besprochen, ohne daß die Beamten in der Centralstation die geringste Abhängigkeit davon haben können, was besprochen wird. Das Telephongeheimniß wird sicherer sein und kann weniger missbraucht werden als das Briefgeheimniß.

Ob man nun ganz fertig, so gibt man der Centralstation wieder ein Glockensignal und zeigt ihr an, daß die Drähte gelöst werden können. Dies geschieht; wir erhalten davon durch Glockensignal die Mittheilung. Es ist selbstverständlich, daß mittels der Hölle der Centralstation gleichzeitig eine ganze Anzahl von verschiedenen Firmen miteinander (d. h. je zwei miteinander), sich unterhalten können.

Da die Bell Telephone Company hier jetzt schon 1000 Subscribers hat, da täglich neue Firmen an diese ausgezeichnete Einrichtung sich anschließen, so sind die Kosten für eben fast accurat so da wie vor einem Jahre, als

Praktische Anwendung des Telephones.

* Leipzig, 1. März. In einem Briefe aus Chicago, den ein hiesiger Leser unseres Blattes erhielt und uns zur Benutzung freundlich mittheilte, findet sich eine Beschreibung der Anwendung des Telephones in jener Stadt, welche von allgemeinem Interesse ist. Die praktische Verwendung, welche die Kaufmannschaft der großen amerikanischen Handelsstadt von dieser neuesten Erfahrung gemacht hat, ist in ihren Einrichtungen so einfach und einleuchtend, die Erfolge sind so zufriedstellend und müssen so bedeutende sein, daß wir ernstlich hoffen, die Mittheilung über die dortige Einrichtung müsse hinreichen, dieselbe auch hier Nachahmung finden zu lassen.

Die betreffende Stelle des Briefes lautet:

Mit Haus und Fabrik sind wir jetzt durch Telefon verbunden (von dem Bureau in der Stadt nämlich aus), und das Ding arbeitet, daß es eine wahre Freude ist. Da Ihr in Deutschland eine ähnliche Einrichtung gewiß noch nicht habt, will ich versuchen, sie Dir so genau als möglich zu beschreiben.

Fast sämtliche Grosskaufleute und Fabriken sind miteinander durch Telefon verbunden. Von den Firmen, die Du kennst, sind die unsere (Wahl Brothers), Wahla u. Chappell, Turner, M. E. Stearn Sohn, F. Farwell &c., daran beteiligt. An der Nassau Street hat die Bell Telephone Company in einem Gebäude eine Centralstation errichtet. In diese Station laufen von den Expeditionen und Fabriken der Kunden Drähte. Diese Drähte stehen mit Glocken in Verbindung, welche die Signale geben, wenn ein Kunde von der Centralstation etwas verlangt. Die Drähte sind mit Nummern und Buchstaben versehen, z. B. a, b, c, d, e, f, g, h, i &c. Hier bedeutet z. B. a. unsere Stadtexpedition, w. unsere Fabrik, &c. die Wohnung des

die einzelne Firma sehr gering. Sie betragen für jede Firma per Monat 3 Doll. (circa 12 M.)

Du kannst Dir denken, was diese Bell Telephone Company uns an Zeit, Arbeit, Briefschreiben, Schreterien aller Arten erspart und wie glücklich diese so sehr praktische Einrichtung von allen Firmen betrachtet wird. Sie ist eines von den Dingen, an die man sich so rasch und so gern gewöhnt, daß man kaum begreift, wie man ohne dieselbe noch mit derselben Lust arbeiten könnte.

Berliner Briefe.

* Berlin, im Februar. Der erste Subscriptionssaal im Opernhaus war so zahlreich besucht, daß vom Tanzen in kleinen Ronds fast keine Rede war. Ich kannte schon oft Ihren Lehern und Leserinnen den Glanz dieser Bälle schildern, einen Glanz, der für jemand, der noch nie in seinem Leben den Fuß in diese lichtstrahlende Feenhalde gesetzt hat, etwas geradezu Betäubendes, Bewußtseinsloses hat. Die Ausmündung ist bei diesen Bällen alljährlich dieselbe. Man kann hundert gegen eins wetten, daß der Bühnenraum wieder von jener reizenden, halb architektonischen, halb landschaftlichen Perspective abgeschlossen ist, wie sie nur der ewig blau Himmel Italiens hervorzaubern kann, daß die Rückwand wieder jenen kolossalnen Spiegel zeigt, der das bewegte Bild der Wandelnden, Tanzenden, der sich mit größter Höflichkeit ohne Hilfe der Einbogen durchwindenden und über alle Schleppen vorsichtig hinwegvollzirenden, von Lust strahlenden Jeunesse vor die Hundertfache vervielfältigt. Über diesem Bauerspiegel hat wieder das Orchester Play genommen und sieht da eben fast accurat so da wie vor einem Jahre, als

In der Generaldiscussion äußert Abg. Berger sein Bedenken darüber, daß Art. 6 des Weltpostvertrages die Bestimmung enthalte: „Jede betrügerische Angabe eines höheren oder geringeren Werthes als des wirklichen ist verboten“:

Die Motive sind in Beziehung auf diesen Punkt sehr vage und geben keine Ausklärungen. Der absolute Zwang, die Werbegegenstände zu ihrem vollen Werthe zu declariren, ist seit dem Jahre 1848 in Wegfall gekommen und auch das Postgesetz von 1871 enthält eine derartige Bestimmung nicht, obwohl der Herr Generalpostmeister eifrig bemüht gewesen ist, jene Freiheit wieder einzufränen und den Declarationszwang wieder einzuführen. Letzterer würde aber eine große Belästigung für das Publikum sein, das seit 1848 ein Recht hat, geringer zu declariren, auch dem Sinn und Geist des Postgesetzes von 1871 widersprechen. Redner wünscht zur Ausklärung die Vorlegung der Protolle des pariser Weltpostcongresses von 1878 an den Reichstag.

Bundescommisar Geh. Oberpostrat Günther: Der Herr Generalpostmeister ist krank und kann leider der heutigen Verhandlung nicht teilnehmen. Eine ganz ähnliche Bestimmung wie im Art. 6 befindet sich auch in dem Reichspostgesetz von 1871. Wenn der Herr Vorredner eine Bestimmung darüber vermischt hat, daß es zulässig sei, irgendeine beliebige Summe zu declariren, so hat man in der That bei den pariser Verhandlungen eine derartige Angabe nicht für nötig gehalten. Nach Inhalt des Vertrages, wie er vorliegt, ist der Abfender berechtigt, zu declariren, was er will. Mit dieser Auskunft wird sich der Vorredner wohl befriedigt erklären können. Bezuglich der Vorlegung der Protolle bin ich für meine Person eine Erklärung abzugeben außer Stande; jedenfalls ist es bisher nicht üblich gewesen, die Protolle derartiger internationaler Verträge dem Reichstage vorzulegen.

Abg. Berger behält sich vor, bei der Etatsberathung nochmals den Generalpostmeister in dieser wichtigen Angelegenheit zu interpelliren.

In der Specialdiscussion fragt bei Art. 5 Abg. Dr. Majuske an, ob unter den „Geschäftspapieren“, die von 25 Eis. an einer billigeren Tage unterliegen, auch Manuscripts zu verstehen seien.

Bundescommisar Geheimrath Günther:

Allerdings gehören auch einzeln verstandene Manuscripts zu den billiger zu befördernden Gegenständen. Die Manuscripts finden sich in den Postordnungen für die Postämter nicht erwähnt; übrigens läßt z. B. Belgien schon bei einem Porto von 5 Eis. die billigeren Sätze eingehen, und es wäre sehr zu wünschen, daß Deutschland mindestens mit den Nachbarstaaten, wenn nicht mit allen Ländern der Erde, einen Contract auf solcher ermöglichten Basis abschließe.

Der Weltpostvertrag vom 1. Juli 1878 sowie die beiden Uebereinkommen werden darauf im ganzen mit großer Majorität definitiv genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Herstellung des Reichshaushaltsetats für das Etatjahr 1879/80, in Verbindung mit der ersten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen der Post- und Telegraphen, der Marine, des Reichsheeres und zur Durchführung der Münzreform sowie dem Gesetzentwurf betreffend die Erwerbung und bauliche Instandsetzung eines Grundstücks für das Gesundheitsamt.

Abg. Riedel beantragt hierzu, eine Anzahl von Kapiteln der Etats, des Reichsheeres, der Marine, der Justizverwaltung, der Post- und Telegraphenverwaltung, der Reichsschuld, der Reichs-Invalidenfonds, sowie das Anliehegesetz und das ganze Extraordinium der Budgetcommission zur Vorberathung zu überweisen, dagegen den Etat im übrigen im Plenum zu berathen.

Außerdem beantragt Abg. Dr. Nieper die Verwei-

sung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern.

Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann:

Meine Herren! Ich bitte um die Erlaubniß, die Berathung mit einigen Bemerkungen einleiten zu dürfen. Bei der letzten Etatsberathung hatte ich die Ehre, über die mutmaßliche Gestaltung und die Ergebnisse des laufenden Etatjahres Ihnen einige Mittheilungen zu machen. Ich war damals auf Grund der Angaben der einzelnen Reichsverwaltungen und auf Grund von Schätzungen zu dem Resultate gekommen, daß sich vorzüglich ein Deficit von 20 Mill. M. herausstellen würde. In Wirklichkeit hat sich der Abschluß günstiger gestaltet, indem hauptsächlich durch die Militärverwaltung, wo die Mehrausgaben nicht so bedeutend waren, und andererseits durch die gestiegene Einfuhr von Tabak, höhere Einnahmen erzielt wurden. Infolge dieser Umstände hat das Deficit für 1877/78 nicht 20, sondern nur 11 Mill. M. betragen. Gemäß dem Gesetz vom vorigen Jahre über die Verwendung der Ersparnisse aus den französischen Occupationsgeldern wurde das Deficit aus leichten Beständen gedeckt, und es war aus dem Jahre 1877/78 kein Deficit zu übertragen, sondern es hat im Gegenteil mit Rücksicht darauf, daß die Reserven noch immer Ersparnisse liefern, ein Überschub von circa 1¹/2 Mill. M. in den folgenden Etat eingestellt werden können.

Bei der Betrachtung des gegenwärtigen Etatjahrs muß ich nun zunächst die Reserve wiederholen, daß es ja ganz unmöglich ist, hier Zahlen zu geben, die demnächst mit dem wirklichen Rechnungsbolzus übereinstimmen, es wäre das ja ein merkwürdiger Zufall; wenn also eine Differenz eintritt, so darf dieser Umstand nicht wundernehmen, wie es in der Presse öfters geschehen ist. Nach den bis jetzt vorliegenden Angaben der einzelnen Reichsverwaltungen ist anzunehmen, daß bei dem Reichskanzleramt, beim Reichstage und beim Auswärtigen Amt eine Überschreitung des Etats in ziemlich beträchtlichem Maße stattfindet. Bei dem Reichskanzleramt deshalb, weil auch in diesem Jahre bedeutende Kosten wegen des Aufstrebens der Kinderpest notwendig geworden sind. Ferner hat das Patentamt, das ja noch in der Entwicklung begriffen ist, eine Überschreitung höchstig gemacht, wie auch die verschiedenen Enquêtecommissionen, die getagt haben und zum Theil noch tagen, nicht vorhergesetzte Ausgaben veranlaßt haben. Diese belaufen sich auf 1,242000 M. Der Reichstag hat zum Theil infolge zweier Sessionen im Vorjahr eine Überschreitung von 237000 M., das Auswärtige Amt eine solche von 200000 M. erfordert.

Diesen Mehrausgaben im Gesamtbetrage von 1,679000 M. stehen beträchtliche Minderausgaben bei andern Verwaltungen gegenüber. Die erste Stelle nimmt hier die Militärverwaltung ein, welche auf eine Minderausgabe von circa 4 Mill. M. für das laufende Jahr rechnet. Der Grund dafür liegt hauptsächlich in den gesunkenen Preisen der Feldfrüchte. Bei den Binsen der Reichsschuld ist eine Minderausgabe von 1,895000 M. (hört, hört!) Die Eisenbahn liefert eine Minderausgabe von 350000 M., weil sich der Beitrag für die Sanci-Gothardbahn etwas geringer berechnet, als im Etat veranschlagt war. Diese Minderausgaben betragen im ganzen 5,480000 M., jene obigen Mehrausgaben abgerechnet erhalten wir 3,801000 M. an Mindestausgabe.

Bei den Einnahmen sind Mindereinnahmen zu verzeichnen (was ja nicht überraschen kann, da der Druck auf Handel und Handel immer noch fortduert), bei den Zölle und Verbrauchssteuern von 15,387000 M. (hört, hört!) Die Eisenbahn liefert eine Einnahme von 195,444230 M., der Etat sieht im ganzen voraus 245,585830 M.; es müßten also in den beiden Monaten Februar und März noch eingehen 50,141600 M. Nun sind im vorigen Jahr in den entsprechenden Monaten trotz der großen Tabakseinfuhr nur vereinnahmt worden 34,281020 M., sieht man also für dieses Jahr ebenso viel an, so bleibt ein Deficit von 15,160580 M. Dazu muß die Verminderung der Uevers mit 218190 M. hinzugezogen werden, sodass die schon vorher erwähnte Summe von 15,378000 M. erreicht. Bei der Wechselstempelsteuer wird die Einnahme um 680000 M., bei der Post- und Telegraphenverwaltung um 1,290000 M. hinter dem Vorau-

schlag zurückbleiben, ebenso die Eisenbahnverwaltung um 500000 M.

Es ist von Interesse, zu vergleichen, wie die Mindererinnahme an Zölle und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und an Wechselstempelsteuer sich verhält zu dem bisherigen Entwicklungsgange unserer Einnahmen aus diesen Quellen, ob man annehmen muss, daß die jehigen Erträge dem normalen Ertrage nach der jetzigen Gegebenung entsprechen. Die Frage ist deshalb von Interesse, weil von ihrer Beantwortung die weitere Frage abhängt, ob man, um die Matricularbeiträge zu vermindern, Zölle und Verbrauchssteuern einträglicher machen kann. Ich habe eine Übersicht ansetzen lassen über die Erträge pro Kopf der Bevölkerung seit 1869. Zölle und Verbrauchssteuern ergaben danach 1869 auf den Kopf 525 Pf., 1873 (das ist der Culminationspunkt) stiegen sie auf 725 Pf., für 1878 betrugen sie 669, ungefähr soviel wie 1872. Die Wechselstempelsteuer ergibt 1870 15 Pf., 1873 19 Pf., 1878 14 Pf. pro Kopf. Eine ganz andere Bewegung zeigen die Bruttoeinnahmen an Briefporto; 1869 pro Kopf 163 Pf., und in stetiger Steigerung 1878 bis 269 Pf. Die minderbelebten Mindereinnahmen betragen 17,700000 M., denen Mehrerinnahmen aus Überschüssen aus früheren Jahren so wie aus Binsen von delegierten Reichsgeldern im Betrage von 3,300000 M. gegenüberstehen, sodass die Mindereinnahme 14,447348 M. beträgt. Steht man die oben erwähnten Minderausgaben in Gegenrechnung, so ergibt sich ein Deficit für das laufende Finanzjahr von 10,600000 M. Die Summe der Matricularbeiträge ist also um 10 Mill. zu gering angesehen worden, es hätten statt 87 Mill. 97 gerechnet werden müssen, und damit stimmt der Ansatz für 1879/80 mit 101 Mill. M. ziemlich genau.

Im Etat für das kommende Finanzjahr sind die Abänderungen gegen den leichten Etat nicht bedeutend; das Resultat drückt sich aus in der Erhöhung des Betrages der Matricularumlagen um 14 Mill. M. Wenn die verbliebenen Regierungen genötigt wären, auch diesmal wieder eine bedeutende Summe von Matricularbeiträgen in den Etat einzustellen (nur 1878 belief sich die Summe auf 103 Mill. M., war also ein weniger höher), dagegen nicht in der Lage waren, steht schon mit dem Etat Vorlagen an dieses hohe Haus zu bringen, welche die Verminderung oder Beseitigung dieser Beiträge beweisen, so haben sie doch keineswegs die Absicht aufgegeben, derartige Vorlagen noch während der jetzigen Session einzubringen, und ich hoffe, daß es diesmal gelingen wird, eine Verständigung herzustellen, welche das Ziel erreicht, das ja schon seit Jahren sowohl den verbliebenen Regierungen wie dem hohen Hause vorschwebt.

Über die Frage, wie die Finanzreform im Reiche und in den Einzelstaaten zu gestalten sei, wie man dem Reichstage einen von ihm selbst in der vorigen Session verlangten umfassenden Steuerreformplan vorlegen könnte, hat zwischen den verbliebenen Regierungen eine Verständigung im vorigen Jahr stattgefunden. Auf Veranlassung des Reichskanzlers sind die Finanzminister in Heidelberg zu einer Konferenz zusammengetreten, deren Zweck es hauptsächlich war, festzustellen, wie sich in den Einzelstaaten das finanzielle Bedürfnis stelle, d. h. welche Summen die Einzelstaaten vom Reich erwartet müssten, wenn sie sich selbst diejenigen Reformen in Bezug auf Steuerarten einführen wollten, die sie für durchaus notwendig halten. Dabei hat sich ergeben, daß in allen deutschen Staaten die Regierungen steigenden Ausgaben und Bedürfnissen gegenüberstehen; es hat sich weiter ergeben, daß, da solche steigenden Bedürfnisse seitens der Finanzverwaltung nur durch Vermehrung der direkten Steuern im wesentlichen gedeckt werden können, diese aber fast ausnahmslos bereits eine Höhe erreicht haben, die eine weitere Steigerung als nicht thunlich erscheinen läßt, eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches ein dringendes Bedürfnis ist. Darüber bestand gar keine Meinungsverschiedenheit, daß das System der indirekten Steuern im Reiche weiter auszubilden sei zu dem doppelten Zwecke, daß das Reich in seiner Finanzierung auf eigene Füße gestellt werde und den Einzelstaaten die Mittel zugeführt werden, um diejenigen Reformen in Bezug auf direkte Staats- und Gemeindesteuern durchzuführen, die für sie als dringendes Bedürfnis erscheinen.

Weiter hat man sich über die Mittel verständigt, welche

hätte es niemals die Pläne gewechselt. Mit derselben Accuratesse, Punkt 9 Uhr, erscheint der Hof, an feiner Spize der mit rüstiger Frische gesegnete Kaiser, der belebende Mittelpunkt alles und jedes Interesses. Wie er sich mit dem Hofe zum feierlichen Umgaenge durch den kolossalen Festraum rüstet, erscheint in der großen Kaiserlichen Mittelloge Exzellenz Hüllen und sofort erblont von jener Empore die Festpolonaise mit Gesang, die nun schon seit Friedrich Wilhelm's IV. Seiten ihre in schwunghaften Rythmen sich ausprägende Schuldigkeit thut. Der Kaiser sah an diesem Abende, wo er sich mitten in seinem treuen Volke bewegen konnte, äußerst heiter aus. Während der Pausen zwischen den beiden feierlichen Rundgängen unterhält sich der Kaiser regelmäßig in den laufenden zu Postsets umgewandelten Höfers des ersten Ranges mit den dort Umherstehenden. Manche schöne Dame empfängt ein freundliches Wort des hohen Herrn und da, wo die hohe Diplomatie mit ihren bezopften Collegen aus dem Himmelschen Reiche, wo die hohen Fürstlichkeiten und Generale ihren Standort aufgeschlagen haben, der vor der profanen Menge durch eine leichte Barriere abgetrennt ist, wird an diesem der harmlosen Freude und Geselligkeit gewidmeten Festabend das bekannte „pro republica est, dum ludens videatur“ durch die Geigenwart des Kaisers vollständig paralytiert.

Während im Festsaale ruhig gewogt und getanzt wird, knallen im Concertsaale die Champagnerpfropfen, und da jetzt der astrachaner Caviar in schlechten Geschmack gekommen ist, hält man sich an Austern schadlos, die der zum Commerzienrath avancirte Traiteur Borchardt zu wahren Vergen aufzuhümt. Merkwürdig,

während hier das Geldprozentum sein Domicil ausschlägt, bleibt der Adel auf der Bühne in jenen bezeichnenden Zimmerchen, welche den niedlichen Ballerinen zum Aufleiden dienen, und beschwichtigt die Anforderungen des Magens mit profanen Schinkenbroten und einem Glase von Gambinuszutrank. Das hohe Beamtenhum hält sich fern. Wer kann auch, mit drei Töchtern gesegnet, sich den Luxus solcher Völle gestatten und in Concurrenz mit den reichen Bourgeois treten, bei denen Geld keine Rolle spielt?

Die Frage wegen des vor dem Potsdamer Thore zu errichtenden Obelisken aus dem dauerhaftem Material von Granit und Bronze statt des jetzt improvisirten von Holz ist zwar keine offene mehr, aber hinsichtlich des leidigen Geldpunktes doch eine recht brennende. Lässt man sich nicht? Der erste Enthusiasmus für ein solches monumentales Werk, das ja dem schönen Platze vor dem Potsdamer Bahnhofe zur größten Bilde gereichen würde, ist vertraut. Die Beiträge fließen spärlich und werden, wenn nicht wieder ein kräftiger Anstoß gegeben wird, am Ende ganz versiegen. Und doch sind 100000 M. oder — Thaler (das lasse ich ungesagt) nicht so schwer aufzubringen. Aber die Berliner Welt hat jetzt andere Sorgen. Tantzen wir auch in der Carnivalszeit nicht auf einem Vulkan, so macht uns ein ängstlicher Blick nach Osten trotz aller feierlichen Versicherungen, daß am Kaspiischen Meere die Pest im Erdloch sei, um unsere werthe Gesundheit doch recht besorgt, zumal wir mit Diphtheritis und Typhus schon genug geplagt sind. Die Dinge wirken, abgesehen von der schlechten Lage aller Geschäfte, auf die Obeliskfrage sehr deprimirend.

Es bleibt aber eine Ehrensache, zu der sich Berlin am 5. Dec. v. J. fest engagirt hat, und da glaube ich denn, daß über kurz oder lang etwas Energisches geschehen muss, um die Begeisterung für die patriotische Sache wieder in Fluss zu bringen. Mit dem bereits gesammelten Gelde können die Herren Baumeister Kyllmann und Heyden ihren genialen Entwurf schon beginnen und, einmal begonnen, dürfte der Fortsetzung auch das Geld nicht fehlen. Die Zeitungen müßten freilich die Sache wieder energisch in die Hand nehmen, damit die Sammlungen in Fluss kommen. Uebrigens drängt auch die zerstörende Zeit dazu, welche sich an dem Modell bereits recht fühlbar macht.

Weniger in der tanzlustigen als in der theaterlustigen Berliner Welt machen sich die geldlammenden Seiten fühlbar. Die beiden Hoftheater haben im vorigen Jahr mit keinem Ueberschuss gearbeitet und die Theaterdirectoren von beinahe 15 Privatbühnen setzen umsonst den ganzen Aetheron in Bewegung, um ihre Kassen zu füllen. Dr. Hofmann vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater, der mit seinen exquisit gegebenen Operetten (hat doch der „Kleine Herzog“ bereits über 60 gut besuchte Vorstellungen erlebt) noch mit den besten Geschäftestagen rechnet, wird im Sommer zwei Monate schlafen und überdies einzelne freilich kolossale Gagen um 10 Proc. reducieren. Weshalb, so denkt er, soll ein ausgesprochener Millionär bloss aus Liebe zur Kunst Opfer in der heißen Jahreszeit bringen? Director Woltersdorff hat sich zu seinen Vätern versammelt, und die armen Schauspieler, die in seinem Theater in der Chausseestraße sich vor leerer Bänken abmühten, waren schon um Neujahr auf-

zu diesem schläge, die jener Verarbeit, die hätten vor Umlaufbringen mögen, sich über zu Grunde, daß es in Vorlagen, ständig beitragen.

Es ha

den sollen werden w

überhaupt

indirecte

aber nicht

neu sind.

schwierige

indirekte

Geh.

Das schwierige Extraordinarium der Reichsfinanzen, das Matricularbeitrag im Finanzministerium in Heidelberg zu einer Konferenz zusammengetreten, der Sechzehn verbliebenen Regierungen eine Verständigung im vorigen Jahr stattgefunden. Auf Veranlassung des Reichskanzlers sind die Finanzminister in Heidelberg zu einer Konferenz zusammengetreten, deren Zweck es hauptsächlich war, festzustellen, wie sich in den Einzelstaaten das finanzielle Bedürfnis stelle, d. h. welche Summen die Einzelstaaten vom Reich erwartet müssten, wenn sie sich selbst diejenigen Reformen in Bezug auf Steuerarten einführen wollten, die sie für durchaus notwendig halten. Dabei hat sich ergeben, daß in allen deutschen Staaten die Regierungen steigenden Ausgaben und Bedürfnissen gegenüberstehen; es hat sich weiter ergeben, daß, da solche steigenden Bedürfnisse seitens der Finanzverwaltung nur durch Vermehrung der direkten Steuern im wesentlichen gedeckt werden können, diese aber fast ausnahmslos bereits eine Höhe erreicht haben, die eine weitere Steigerung als nicht thunlich erscheinen lässt, eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches ein dringendes Bedürfnis ist. Darüber bestand gar keine Meinungsverschiedenheit, daß das System der indirekten Steuern im Reiche weiter auszubilden sei zu dem doppelten Zwecke, daß das Reich in seiner Finanzierung auf eigene Füße gestellt werde und den Einzelstaaten die Mittel zugeführt werden, um diejenigen Reformen in Bezug auf direkte Staats- und Gemeindesteuern durchzuführen, die für sie als dringendes Bedürfnis erscheinen.

Weiter hat man sich über die Mittel verständigt, welche

über der der Einzelstaaten sich als R

tungen d

das Defizit

Darin li

Hrn. v.

berigen s

von Hrn.

den die Zahl

wenn mo

unglück

Trotzdem

Erben

ein so u

dem Kr

vor.

Termonda

hat ma

vector

vor den

bis Ma

des Th

zu diesem Zweck zu ergreifen sein möchten, über die Vor-
schläge, die dem Reichstage zu machen wären. Auf Grund
jener Verständigung sind inzwischen Geschenktwölfe ausge-
arbeitet, allein noch nicht so weit gediehen, daß sie bereits
hätten vorgelegt werden können. Ich halte es unter diesen
Umständen nicht für angezeigt, über den Inhalt dieser Vor-
lagen Mitteilung zu machen; es würde dann die Debatte
sich über Fragen erstrecken, denen concrete Vorlagen nicht
zu Grunde liegen. Ich kann nur mit dem Wunsche schließen,
dass es in dieser Session gelingen wird, auf Grund der
Vorlagen, die die Regierungen machen werden, eine Ver-
ständigung zu erzielen, welche den Betrag an Matrikular-
beiträgen nur als singirt erscheinen lässt. (Beifall rechts.)

Wba. v. Benda:

Es handelt sich heute darum, ob wir die Wege wandeln sollen, welche heute vom Reichskanzler eingeschlagen werden wollen. Nicht nur soll das Reich auf eigene Einnahmen gestellt werden, sondern die indirekte Besteuerung überhaupt soll eingeführt werden. Man meint, daß Abhälfe in der Finanzcalamität allein durch das einzuführende indirekte Steuersystem gesunden werden könne, wir wollen aber nicht vergessen, daß derartige Behauptungen gar nicht neu sind. Ebenso aber ist es von uns von jeder als wünschenswerth erkannt, daß das Reich auf eigene Füße gestellt werde. Das hat im vorigen Jahre der Abg. Lasker erklärt und gesagt, daß der Tabak ein sol zu besteuernnder Gegenstand sei. Doch alle diese Fragen werden später erörtert werden. Aber heute schon muß ich darauf hinweisen, daß man die wirtschaftliche Frage nicht mit der Finanzfrage

vermischen darf. Aus An bedeutungen des Ministers Hofmann ist zu hoffen, daß man die Fragen auch wirklich auseinander halten muß. Ob die Rücksichten der Spartheit schon in diesem Etat zum Ausdruck gelangen würden, hänge von der Beratung der Budgetcommission ab; in deren Methode insoffern eine andere Richtung kommen würde, als sie weniger auf formelle, wie bisher, als auf materielle Ersparnisse den Schwerpunkt legen werde, falls die Besteuerung durch neue indirekte Steuern eintreten sollte.

Abg. Frhr. v. Winnigerode:

Das Ordinarium werde sich in seinen Mehrjahren schwerlich kürzen lassen; dagegen wünsche er, daß an das Extraordinarium die schärfste Kritik angelegt werde, und er hoffe, daß die Budgetcommission Ersparnisse im Extraordinarium machen werde. Er lobt sodann das Verfahren der Reichsregierung, welche beabsichtige, zum Zwecke der Rinsentilgung eine neue Anleihe aufzunehmen. So wenig er auch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge wünsche, so wäre ihm doch im vorliegenden Falle eine Erhöhung des Matrikularbeitrages angenehmer als eine neue Anleihe. Er habe im Auftrage seiner, der conservativen, Partei zu erklären, daß sie nach wie vor den Tabak als das wichtigste Steueroject betrachte und daß sie selbst nicht vor dem Monopol zurückschrecken würde. (Bravo! rechts.) Ebenso halte seine Partei an der Börsensteuer nach wie vor fest, auch sei sie nicht abgeneigt, für eine stärkere Besteuerung des Kaffees, Thees und des Petrolens einzutreten.

Gebheimrath Dr. Michaelis:

Der Herr Borredner hat behauptet, daß die Binsen für die Anleihe aus einer neuen Anleihe gedeckt werden sollen. Das ist ein Streich! Aus der neuen Anleihe sollen nur die Spesen der Schahanweisungen gedeckt werden, welche ausgegeben werden zur Verstärkung der Betriebsfonds, also zur Deckung laufender Aufgaben.

zur Sedung laufen Sie am
16. September.

Abg. Richter-Hagen:
Die Finanzpolitik der liberalen Partei, welche gegen-
über der Schwarzmalerei der Regierung einer Erhöhung
der Einnahmen stets entschieden Widerstand geleistet, hat
sich als durchaus richtig bewährt, denn wenn die Befürch-
tungen der Regierung sich bewahrheitet hätten, so müßte
das Deficit bereits eine sehr erhebliche Höhe erreicht haben.
Darin liegt die beste Widerlegung der Finanzpolitik des
Hrn. v. Minnigerode und die beste Rechtfertigung der bis-
herigen Finanzpolitik des Reichstages. In Bezug auf die
von Hrn. Hofmann beigebrachten Ziffern der Steuerzahlen
den in den Jahren 1869, 1873 und 1878 bemerkte ich, daß
die Zahlen von 1873 doch keine normalen sind, und daß
wenn man dies bedenkt, die augenblickliche Lage doch nicht
so unangenehm erscheinen muß, wie es vielfach geschieht.

findet sich doch immer eine Erhöhung des Ertrages gegen die Vorjahre, also eine Hebung des allgemeinen Wohlstandes. Was die Ausgaben angeht, so nimmt die Marine einen hervorragenden Platz ein in den Mehrforderungen von 2½ Mill. M. Es erscheint mir aber zweifelhaft, ob eine weitere Beschleunigung beim Bau von Panzerschiffen noch weiterhin geboten erscheint. Was die Ersparnisse der Militärverwaltung angeht, so resultieren diese aus der Naturalversorgung, und da bleiben sie doch vielleicht noch zurück hinter dem, was sie angesichts der heruntergegangenen Preise der Lebensmittel eigentlich hätten betragen sollen. Die Ausdehnung des unterirdischen Telegraphennetzes halte ich wegen seiner Kostenfreiheit für bedenklich. Ueberhaupt möchte ich zur Vorsicht mahnen bei neuen Anlagen, die nur aus Anleihen ausgeführt werden können. Man thut oft, als ob wir Frankreich nachahmen müßten, das uns Milliarden gezahlt hat, aber wir sollen doch nicht bloß fiscalische Plausmacherei treiben; wir sollten lieber zunächst versallene Steuern reformiren, z. B. die Zucksteuer. Man sollte auch andere Objekte für die Besteuerung aussuchen. Während man selbst eine Petroleumsteuer nicht scheut, geht man am Schnaps in schweier Erfurth vorüber, während doch gerade unter den großen Schnapsbrennern die Regierung viel gute Freunde hat, die sie wohl informieren könnten. Man könnte dann sogar Steuern auf Lebensmittel aufheben, Reis-, Heringsteuer &c., von der Salzsteuer gar nicht zu reden. Dagegen will es mir scheinen, daß die jetzt in offiziellen Kreisen geplante Gewichtssteuer für den Tabak nur eine Etappe ist zum Tabaksmopol.

Wir stehen heute der Erhöhung der Tabaksteuer abso-
lut ablehnend gegenüber, gerade wie die Petroleumsteuer
für uns undisputierbar ist. (Unruhe rechts.) Wenn man
immer sagt, das Reich muss auf eigene Höhe gestellt wer-
den, so weiß ich nicht, wie die Vertreter von Mittelstaaten
dafür eintreten, denn das bedeutet doch auch vielleicht eine
Verminderung der mittelstaatlichen Prerogative. Ich muss
im ganzen erklären: Wir werden uns allem energisch wider-
setzen, was auf eine Entlastung der Besitzenden und Be-
lastung der Besitzlosen hinauskommt (Oho! rechts), ja, dar-
auf kommt doch auch die Tabaksteuer für die Armen hin-
aus. (Auf: Dann sollen sie nicht rauchen!) Ja, ist denn
der Verzicht auf das Rauchen nicht auch eine Wehrbelastung?
(Heiterkeit rechts.) Die Wiedereinführung der Wahlsteuer
bedeutet entweder eine Mehrausgabe oder alles das ist nicht
wahr, was man den Landleuten heute erzählt. Die Con-
sumanten werden zahlen müssen, nicht die Zwischenhändler.
Wie wird aber außerdem, wenn einer dem andern das
Leben vertheuert, irgendwie ein Nutzen erzielt werden kön-
nen? Den Schaden aber werden die tragen, die nicht
Schutzpflichtiges produciren, Beamte, Gelehrte, Künstler etc.
Producanten und Consumanten werden gleichmäßig durch
solche Handelspolitik geschädigt. Fürst Bismarck sprach neu-
lich von der Unfreundlichkeit des Hauses bei Ablehnung
des Tabakmonopols, und da sei denn alles gekommen, wi-
es gekommen ist. Was hat denn in aller Welt das Mo-
nopol mit den heutigen Reformplänen des Fürsten Bis-
marck zu thun? Würde der Kanzler dann heute zu den
Producanten sagen: Ihr habt ja das Monopol, ja, Freund-
chen, was wollt ihr noch mehr? (Oho!) Ist es ein Wun-
der, wenn da ein Mistkauen im Lande entsteht gegen die
Zollplane des Kanzlers. Wer garantiert uns denn, daß die
neuliche Rede des Reichskanzlers nicht auch aus dem Con-
cept eines Mitgliedes der Zollcommission entstanden ist?

Wie konnte auch die Richtung der Wirtschaftspolitik be-
messen werden nach einer Person? Das ist keine Ueber-
schätzung des Hrn. Delbrück, sondern eine Unterschätzung
der Wichtigkeit der Wirtschaftspolitik. (Wiederholte Ruf
rechts: Zur Sache!) Die unbedingt vom Fürsten Bismarck
beanspruchte Autorität kommt endlich auf den Sag hinaus:
Ich bin Fürst Bismarck und wer seid ihr? Dann erklärt
sich sein Widerwille gegen alle noch so sachliche Kritik, selb-
st von der national-liberalen Partei. Dann kommt eben alle
auf die Persönlichkeit hinaus. (Ruf: Zur Sache!)

troßdem nicht im Stande sind, die fatalen leeren Bänke zu füllen. Geht das so fort, so müssen noch mehrere Theater geschlossen werden, denn die Konkurrenz mit den Café chantants und solchen Volkstheatern, wo die Muse in beschämende Konkurrenz mit Gaulern, Athleten und Seiltanzern treten muss und wo die Wasserlönigin Purline im Bunde mit den singenden Engelsköpfen Tausende an sich locken können sie nicht anhalten. Die allgemeine Theaterfreiheit ist auch eins von jenen gutgemeinten, aber in der Praxis nicht stichhaltigen Gesetzen, das, wenn es nicht beschränkt wird, zu schlimmen Zuständen in der Theaterwelt führen muss. Die Zahl der brotlosen Schauspieler, die noch obenein das größte Quantum unschuldiger Minnen stellen, die besser bei ihrem Metier geblieben wären, ist ohnehin schon groß, und von den bekannten „Collecte“ wissen die besser situierten Collegen ein Klagespiel in Moll zu singen!

Aus Siena schreibt man vom 23. Febr.: „Seit frühen Morgen hat sich auf dem ganzen Gebiete von Siena ein entsetzlicher Sturm entfesselt, unter dem am meisten die Landbewohner litten. In Montauto riß er den Glockenturm nieder; es war Gottesdienst in der Kirche; der Priester, der die Messe las, wurde getötet und viele Anwesende wurden schwer verwundet. Auch in Montariggioni stürzte der Glockenturm ein; der Pfarrer und drei Bauern blieben tot auf dem Platze, gegen 30 andere erlitten schweren Verwundungen.“ Aus Florenz schreibt man vom nämlichen Datum: „Der Sturm wütete heute Morgen so heftig, daß sich niemand auf die Straße wagte. In der Campanistraße stürzte ein Obergesims nieder, von der Halle eine Dachrinne, welche einen vorübergehenden Greis tödlich verletzte. Die Fenster der Halle zainen sämtlich.“

Abg. Richter:
Diskutierbar wäre fast eine persönliche Dictatur, denn sagen wir jetzt zu einem Geschehe Nein, so sind wir die „Negativen“, nehmen wir es an, so heißt es: Mit eurer Willse sind alle die schlechten Geschehe zu Stande gekommen. Hrn. v. Kardorff, der an das deutsche Volk appellirt hat, entgegne ich: Das deutsche Volk wird seine Freiheit nicht unterordnen einem Manne, und wenn er noch so große Verdienste hat und seine Zeitgenossen noch so hoch übertragen. Der Reichstag wird sich das Recht freier Männer, die freie Kritik, nie verkümmern lassen.

Abg. v. Kardorff bemerkte zur Geschäftsvorordnung, daß er zwar zugebe, daß immer bei der Staatsberathung allgemein wirthschaftliche und politische Erwägungen in die Debatte gezogen wurden; indeß habe wol vorher noch niemals jemand einen so ausgedehnten Gebrauch von diesem Recht der Mitglieder des Hauses gemacht wie der Abg. Richter, und er behalte sich vor, in späterm Falle dieses Recht in dem heut gewährten Umfange auch sich zu vindiciren.

Präsident Dr. v. Hordenbeck constatirt, daß er der Abg. Richter, als er von dem Thema abwich, daran aufmerksam machte, daß er sich nicht bei der Sache befindet; im übrigen gewähre er innerhalb des Rahmens der Etatsberathungen allen Rednern die gleiche Redefreiheit.

Abg. Windthorst-Meppen fühlt sich verpflichtet, die Praxis des Präsidenten als die würdigste und correcteste anzuerkennen.

Abg. Dr. Fuchs

Aug. Dr. Richter.
Er halte das für, daß die günstige Finanzlage es durch aus nicht überflüssig mache, sich mit Finanzreformen und Steuerplanen zu beschäftigen; die Matricularbeiträge alle solche stellen ein Deficit dar, sobald es ein dringendes Gebot ist, das Reich auf eigene Füße zu stellen. Der Abg. Richter habe hingewiesen auf die Rüben- und Spiritussteuer, die am dringendsten der Reform bedürftig wären. Redner findet es bestreitlich, daß er gerade diese landwirtschaftlichen Gewerbesteuern als zunächst reformbedürftig bezeichnet. Ich meine, eine Industrie wie die Zuckerindustrie, die nach dem Etat eine Bruttoeinnahme von 51 Mill. Steuer gewährt, die nicht zu den nothleidenden zählt, sollte man mit grösster Vorsicht behandeln. Durch die Überschwemmung mit galizischem und russischem Getreide seien wir dahin gekommen, daß unsere landwirtschaftlichen Produkte ganz entwertet sind. Redner protestiert ausdrücklich dagegen, daß diese beiden Industriezweige die ersten sein sollen, die man in die Reform hineinzieht. Wenn Dr. Richter auf den Schnaps verweist, so können wir uns auf diesem Gebiet begegnen; wenn er für eine Schanksteuer, für eine Consumsteuer auf Spiritus eintreten will, so wird er uns vollständig auf seiner Seite finden. (Sehr gut! Bravo! rechts.) Auf das Tabakmonopol gehe er hier nicht ein, der Gegenstand liege uns nicht vor und würde auch in dieser Session das Haus kaum beschäftigen. Auf Eins Jaber möchte ich Drn. Richter hinweisen; er hat gesagt, daß die indirekten Steuern nur oder doch wesentlich nur die Besitzlosen belasten. Das beweise ja gerade die Berechtigung der indirekten Steuer. Wenn wir die untern Volksklassen von den directen Steuern befreit haben, so würde ja gerade darin die Begründung bestehen, die Consumsteuern einzuführen und zu verstärken, da sonst die untern Klassen zu den Steuern nicht beitragen würden. Abstriche an dem vorliegenden Etat zu machen, dürfte sich als unmöglich herausstellen; höchstens verdiene der Marinestat eine eingehende Prüfung. Es finden sich darin drei neue Posten zum Betrage von Panzerschiffen, nämlich 2 Mill. M., und zwar als erste Rate. Der Werth von Panzerschiffen sei indes ein sehr zweifelhafter. Bezüglich der Zölle und Verbrauchssteuern haben die Erklärungen des Ministers Hofmann das als unzweifelhaft ergeben, daß selbst, wenn es gelingen sollte, die Ausgaben zu reduciren, dennoch ein Deficit sich ergeben wird, wenn nicht für diezen, so doch für den nächstjährigen Etat. Redner theilt die Besorgnisse des Abg. Richter nicht

Trümmer.“ Aus Livorno wird gemeldet: „Das in stürmischen Wogen gehende Meer bot einen imposanten, aber furchterlichen Anblick dar; die Neugier trieb viele Wagenhalige nach Sassoia, um sich das Schauspiel anzusehen. Ein Zweimaster, der neue Napoleon, wurde aus der Verankerung gerissen und schwerte an der Küste von Matapocco; die Mannschaft wurde gerettet. Ein anderer Zweimaster, Ida, zerstörte im Hafenkuil bei einbrechender Nacht und ein griechisches Fahrzeug, dem der Schiffbruch drohte, konnte noch durch Entsendung ausgiebiger Hülfe von Seite des Hafenkapitäns gerettet werden.“ Bei Vevey schlugen zwei Barken mit 12 Personen um, die von der savoyischen Seite kamen. Bei Vevey waren die Wellen des Sees von solcher Heftigkeit, daß sie weit über den Marktplatz in die Stadt drangen, was sonst nur bei ganz hohem Wasserstande vorkommen pflegt. In Freiburg hat die Kirche St. Nicolas bedeutende Beschädigungen erlitten. Als besonderes Curiosum meldet man von dort, daß die an ihrem Portal angebrachte Statue ihres Schutzheiligen von den Engeln auf die Fassade bewegt worden sei.

Orkan zur Hälfte herumgedreht worden sei.

— Seit sechs Jahrzehnten erfreut sich Stieler's Hand-Atlas unter den großen Kartenwerken eines vorzüglichen Rufes, da die Verlagshandlung J. Perthes in Gotha unablässig bemüht gewesen ist, den Inhalt durch bedeutende Geographen und tüchtige Zeichner immer von neuem zu ergänzen, entsprechend der erweiterten geographischen Kenntniß und der fortschreitenden Technik in Herstellung der Karten. Gegenwärtig beginnt wieder eine neue Ausgabe des Hand-Atlas in 32 Lieferungen, welche 95 zum Theil neu angefertigte colorirte Karten in Kupferstich umfassen und 57 Drucktafeln wird. Die uns vorliegende erste Lieferung enthält Norddeutschland, bearbeitet von C. Vogel. Nordostfrankreich

— Aus Brest liegt die Nachricht vom 24. Febr. von
dass das von Brest nach Newyork gelegte transatlantische
Kabel während eines heftigen Sturmes gerissen ist.

und Kleinstaaten beeinträchtigen würde. Füllt die Regierung bestehende die dringende Forderung, mit ihren Finanzreform-
planen möglichst bald hervorzu treten, für das Haus aber
die Nothwendigkeit, mit festen Entschlüssen an diese Pläne
heranzutreten, um positive Resultate zu Stande zu bringen.
Was die geschäftliche Behandlung des Antrages angehe, so
schließe er sich dem Antrage Riedert an.

Director im Reichskanzleramt Dr. Michaelis:

Wenn der Abg. Richter der Ansicht sei, daß wir bereits über finanzielle Schwierigkeiten weg seien, so sei dieser Eindruck wahrscheinlich die Folge des von der Regierung bei Ausertigung des Etats befolgten Princips der äußersten Sparsamkeit. Im übrigen werde in der Budgetcommission ja eine eingehende Prüfung der einzelnen Posten eintreten und genau untersucht werden, ob noch irgendwo eine Einsparung zu erreichen sei.

Die Debatte wird hierauf bis Sonnabend verlagt.
Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberathung; Interpellation Wendel wegen der Maßregeln gegen die Pest.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Reichs-Anzeiger schreibt: „Die Vermittelung des Auswärtigen Amtes und seiner Organe im Auslande wird von seiten der Beteiligten behufs Einziehung von Erkundigungen sowie zu sonstigen amtlichen Schritten im Privatinteresse in immer steigendem Maße in Anspruch genommen. Entstehen durch die Erfüllung derartiger Gesuche Kosten und Auslagen, so begegnet die Einziehung derselben nicht selten Schwierigkeiten, indem die Erstattung namentlich mit Hinweis darauf abgelehnt wird, daß eine Verpflichtung dazu nicht übernommen sei. Zur Vermeidung der hieraus sich ergebenden Folgen erscheint es notwendig, daß in Fällen der bezeichneten Art, je nach Lage der Sache, die Antragsteller zunächst zur Bestellung von Kostenvorschüssen veranlaßt werden. In diesem Sinne sind die kaiserlichen Consularämter mit Weisung versehen. Für die Beteiligten wird es sich daher, zur Vermeidung von Weiterungen und Zeitverlusten, empfehlen, gleich bei Anbringung ihrer Anträge die Kostenfrage mit ins Auge zu fassen.“

— Der Reichs-Anzeiger berichtet: „Das Gerücht von dem Auftreten der Pest in Bronsk (Gouvernement Moskau) ist amtlichen Nachrichten zufolge unbegründet. Der erst vor kurzem in den russischen Zeitungen als Pest gemeldete Krankheitsfall in Lyskowo (Gouvernement Nischnij-Nowgorod) gehört bereits einem mehrere Wochen zurückliegenden Zeitraume an, und wird, neuern Mittheilungen zufolge, für Flecktyphus erklärt.“

— Der Bundesrath hielt am 27. Febr. eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichstagspräsidenten. *Gesetzgebungs-Schwerpunkt*

Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung kamen zur Vorlage a) ein Schreiben des Präsidenten des Reichstages betreffend die Zustimmung des Reichstages zu dem Handelsvertrage mit Österreich-Ungarn, b) eine Übersicht über den Stand der Bauausführungen ic. der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, beziehungsweise Luxemburg, der Verträge mit Sachsen, Westfalen, Hannover und Preußen.

e) der Vertrag mit Oesterreich wegen Revision des Art. 5 des Prager Friedens. Der Bericht der Commission für die Leinen- und Baumwollseidenquête wurde der Zolltarifrevisionscommission überwiesen. Ein Antrag des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen betreffend Unzulässigkeit nachträglicher Abänderung des bei Verzollungen festgestellten Nettogewichts wurde genehmigt. Hierauf wurde Beschluss gefasst über die Bezeichnung erledigter Stellen bei den Disciplinarfammern zu Stuttgart und Karlsruhe. Ausschussberichte wurden erstattet über a) die Aenderung des Gesetzes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- sc. Genossenschaften. Es wurde beschlossen, den Reichskanzler um Veranlassung der Ausarbeitung einer bezüglichen Gesetzesnovelle im Anschluß an die beschlossene Revision der Aktien-Gesetzgebung zu ersuchen, b) den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz nützlicher Vögel. Der betreffende Gesetzentwurf wurde mit einigen Aenderungen genehmigt. c) Ein Gesuch um nachträgliche Steuervererstattung für ausgeführte Wim-

im nachträgliche Steuervergütung für ausgeführtes Bier.
Es wurde ablehnende Bescheidung beschlossen. d) Die zu Bern am 17. Sept. 1878 unterzeichnete internationale Convention über Maßregeln gegen die Reblaus. Die Convention wurde genehmigt. Es folgte die Ernennung von Commissaren zur Beratung von Vorlagen im Reichstage. Endlich wurden einige Eingaben vorgelegt und theils der Zollaristerevisionscommission, theils dem zuständigen Ausschüsse überwiesen und zwar Eingaben a) der Glycerinfabrikanten Kaffé u. Darmstädter zu Charlottenburg und Genossen betreffend Zollbefreiung der Glycerinsauge, b) der Stadtreitung von Danzig betreffend Revision des Zolltariffs, c) der Handelskammer zu Köln betreffend Reform des Zoll- u. Steuergesetzgebungs, d) der Papierwarenfabrikanten u. R. Schmidt zu Elberfeld betreffend Eingangszoll für braunes Packpapier.

N.L.C. Berlin, 28. Febr. Während die Zolltarifcommission bei den Getreidezöllen nur den fiscalischen Ertrag im Auge gehabt haben will, wird bei den Viehzöllen ausdrücklich der Schutz der Landwirtschaft betont. Die Abnahme des Viehbestandes in Deutschland soll dies nothwendig machen. Aber wie reimt es sich damit, daß Wolle zollfrei bleiben soll, da doch gerade die am stärksten zurückgegangene Schafzucht am ersten Schutz verdiente? Der Schweinezoll soll erhöht werden von 2 auf $2\frac{1}{2}$ M. Das ist eine immerhin fühlbare Belastung für „den Speck des Armen“, als wenn gewästete Ochsen — die „Speise des Geheimrathes“ — 20 M. das Stük erlegen müßten. Dabei ist Jungvieh keineswegs ganz freigegeben, obgleich so etwas den Vertretern der schles-

wig-holsteinischen Mästler, die viel Kübler und junge Kinder aus Dänemark zur Aufzucht beziehen, versprochen worden sein soll. Erst Beschränkungen, dann Verbote haben es bekanntlich dahin gebracht, daß der selbster so schwunghafte Absatz von den Nordseeküsten nach den londoner Märkten so gut wie völlig aufgehoben hat. Den Vorwand zu jener Verdrängung des deutschen Schlachtviehes aus England hat die Kinderpest hergeben müssen: als wahren Grund aber, mindestens als mitwirkenden Grund, sieht man schon lange den Wunsch der englischen Viehzüchter und Grundherren an, sich die preisdrückende Concurrenz des Auslandes vom Leibe zu halten. Bisher aber schämte man sich in England dieser „Protection“ der reichsten Klasse auf Kosten aller übrigen und wagte sie nicht zu weit zu treiben. In Zukunft mag leicht, wenn bei uns dieselbe Fähne ausgepflanzt wird, diese Scham verschwinden, und nicht blos England, sondern auch Frankreich oder Belgien uns mit gleicher Münze heimzahlen. Dann würden unsere direct oder indirect dorthin absehenden Viehzüchter es wol bitter bereuen, wenn sie jetzt den thatssächlich unnötigen Schutz ihres blühenden Geschäfts auf Kosten und gegen den unwilligen Widerstand aller Fleischesser hätten durchsetzen müssen, ganz abgesehen davon, daß solche Schutzzölle nicht die Spur einer Unmoralität auf Jenseit

— Der Neuen Frankfurter Presse berichtet man aus Berlin vom 27. Febr.: „Eine Anzahl nicht schul-
länderischer Reichstagsmitglieder“

— Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 24. Febr.: „Die Begründung der Getreidezölle, welche die Herren v. Bötticher und Tiedemann in der Zolltarifcommission auf Verlangen nachgeliefert haben, wird von solchen, die sie einsehen konnten, als unglaublich schwach geschildert. Sie kommt in der Haupfsache darauf hinaus, daß *der Importeur* bis zu 100 Proc. an der eingeschafften fremden Waare verdiente und davon gern oder ungern den armen Deutschen.“

— Die National-Zeitung sagt: „Das vollständige Schweigen des sonst so redelustigen Centrums während der viertägigen Verhandlungen über den Deutsch-Oesterreichischen Handelsvertrag ist vielfach aufgefallen. Man schreibt uns darüber:

Die Regeln des Whistspiels sind allgemein bekannt, ichtdestoweniger sieht man jeden Tag aufs neue Menschen iedersichen, um ihr Glück und ihre Geschicklichkeit dabei gegeneinander zu erproben. Eine Hauptregel bei diesem Spiele, die sehr einfach zu verstehen und gleichzeitig sehr üblich ist, besteht in der Vorschrift, sich in die Hinterhand zu sezen und den letzten Atom zu behalten. Die Schwierigkeit liegt nur in der Ausführung. Das Centrum hat bezüglich seiner Entschlüsse in den zollpolitischen Fragen bis jetzt seine Stellung reservirt und sich somit die Hinterhand gewahrt; ob es seine Stimmen als Trumpf im geeigneten Augenblick verwerten kann, muß sich später ergeben. Es rechnet darauf, daß die Situation ihm den Stichentscheid die Hand geben wird, den es sicher auch anderweitig zu verwerten suchen würde.

Nach anderweiten Berichten läge die Sache ein-
scher; die absolut oppositionelle Stellung, welche das
Centrum bis jetzt allen Regierungsvorschlägen gegen-
über eingenommen habe, sei bei der Stimmung der
großen Menge innerhalb der Fraction gegenüber einer
protectionistischen und agrarischen Politik nicht mehr
durchführbar, und auch die leitenden Mitglieder, welche
diese Stimmung nicht theilten, seien genötigt, mit
derselben zu rechnen. Namentlich werden die im Cen-
trum sitzenden großen Grundbesitzer als den in den
Vordergrund getretenen Zoll- und Steuerprojekten zu-
neigt dargestellt. Bei diesen auseinandergehenden
Träumen innerhalb der Fraction selber habe man
erzogen, sich zunächst auszuschweigen.“

— Aus der Debatte des zweiten Tages der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer führen wir folgendes an:

Graf v. Dürkheim-Bundhorst:

Man habe sich von den Traditionen der Väter entfernt, dies sei die Ursache unserer heutigen Zeitverhältnisse. Zunächst gälte es, wieder Ordnung, Sicherheit und Ruht in unserem Staatswesen zu schaffen. In dieser Beziehung könne das meiste Kirche und Schule thun. Die Schule müsse ihre Hauptaufgabe in der Charakterbildung, dem Religionsunterricht erblicken, und die Lehrerschaft müsse darauf bedacht sein, Menschen zu erziehen, deren oberster Grundgesetz die Ehrfurcht zu Gott und die Liebe zum Königthum und ihren Nebenmenschen sei. Er sei auch der Meinung, daß die Freiheiten beschränkt werden müssen. Allein wir sind keine Feinde, sondern Freunde der Arbeiter, und wir wollen die Gesetze nicht machen gegen, sondern mit unsern Arbeitern. Es wird vielleicht etwas demokratisch klingen, aber ich kann nicht umhin zu äußern: ich bin nicht willens, die Arbeiter irgendwie vom politischen Wahlrecht auszuschließen. Man habe kein Recht, die Arbeiter von den politischen Rechten auszuschließen. Nachdem sich im vorigen Jahrhundert in Frankreich die sogenannte Bourgeoisie die politischen Rechte erobert, kann man es den Arbeitern nicht verdenken, daß sie ebenfalls politische Rechte verlangen. Das einfache Billigkeitsgesetz verlangt, den Arbeiter an der Gesetzgebung teilnehmen zu lassen, dies ist der beste Weg, um den Arbeiter in gesetzliche Bahnen zu lenken. Des weiteren muß die Macht des Kapitals gebrochen werden, der Arbeiter muss denselben Schutz vor dem Gesetze finden wie der Arbeitgeber. Eine weitere Aufgabe des Staates ist, Ordnung in dem Handwerkerstaande wiederher-

Sinne ge-
ich eine se-
lungen ging
Es han-
dische Land-
thöfen, auf
von 2 bis
Preis nicht
Diese etwas
durch eine
lt, und man
gehalteten
ig im Zoll-
ustrie, das
sensateurs)
keine Han-
ndlage der
il der frag-
lben Fahr-
the. Aber,
f Böllschw
det erklärt
herein eine
t des Hn.
lichen Läu-
Regierung,
egangen in
on Getreide
man aus
der Ge-
sicherer und
Verlangen
ie einsehen
ert. Sie
dass der
ngeführten
der ungen-
odah folg-
alle. Nun
Syndikus
die dieses
u. Herren-
len. Ge-
und juver-
gen führt
schaft mit
18 Proc.
e, als die
at Behn-
ersorgung
Befammt-
e Gefähr-
kapt, den
in seinem
dert. Es
chandel-,
schen Ge-
gar nicht
ürde der
für den
er zulässig-
erigung von etwa
bestrafte-
der Ge-
unverein-
viel von
esischen
zu der-
er Ver-
schafts-
entfernt.
Buch in
ng könne
le müsse
religions-
raum be-
grundet
hum, und
ng, dass
ir sind
e wollen
fern Ar-
en, aber
lens, die
schleichen-
politisches
Jahr-
die poli-
ren nicht
erlangen.
eiter an
der beste
lenten.
en we-
abe des
iederber-
en Reh-

sins muß wiederum eine gesetzliche Regelung erhalten, es muß wieder ein geordneter Gesellenstand geschaffen werden. Des weiteren muß man dem Arbeiter eine gesicherte ökonomische Basis gewähren durch Gründung von Pensions- und Invalidenkassen, durch Gewährung von Aedern etc. In dieser Weise müssen wir uns die Abhängigkeit und Liebe unserer Arbeiter wieder zu verschaffen wissen, damit werden wir die sozialdemokratischen Verschwörungskünste am besten und sichersten bekämpfen. (Beifall.)

Fabrikant Hessel:

Das Handwerk hat ausgehört, einen goldenen Boden zu haben, der Lebling, der früher der väterlichen Zucht des Meisters unterstellt gewesen, sei sich jetzt selbst überlassen, das Gesetz erlaubt solch einen halbwilden Knaben gewissermaßen für mindig und er ist allen Bevölkerungskünsten des großstädtischen Lebens preisgegeben, die Pah- und Wandschule. Dies ist die Ursache, daß der Sozialismus unter den Arbeitern eine solche Ausbreitung gewonnen. Sorge man wieder dafür, daß die deutsche Arbeit auf dem deutschen Markt noch eine Stätte finde, richte man wieder Anzüglichkeiten ein, mit einem Worte, gebe man dem Arbeiter nicht den Wucher und der Ausbeutung des Kapitals Preis, dann werde es besser werden! (Lebhafte Beifall.)

Kammerherr v. Buggenhagen betont, daß es auf dem Lande nichts an Arbeitern mangle, und daß nur die vielen Vergnügungen der Großstädte den Massenzug nach den Städten bewirken. Die Gutsbesitzer lassen es an liebevoller Behandlung den Arbeitern gegenüber nicht fehlen; es sei nur nötig, den Vergnügungsauswüchsen in den Großstädten einigermaßen Einhalt zu thun.

Frhr. v. Stein-Rochberg empfiehlt die Gründung von Heimstätten für die ländlichen Arbeiter.

Es wurde beschlossen: „sämmliche Resolutionen den Ausschüssen zu überweisen“. Auf Antrag des Grafen v. Dürkheim wurde noch beschlossen: „das heutige Thema auch auf die Tagesordnung des nächstjährigen Congresses zu setzen, wobei die Gründung von Arbeiterhülfekassen eine specielle Behandlung erhalten sollte“.

Auf die Reclamation des Dr. Friedberg, Privatdozent in Leipzig, in der National-Zeitung wegen einer Neuherfung des Abg. Professor Dr. Dirichtlet in Berlin über die Universität Leipzig antwortet letzterer ebenda:

In Nr. 92 der National-Zeitung fordert mich Dr. Dr. R. Friedberg, Privatdozent in Leipzig, auf, angeblich unwahr Behauptungen zurückzunehmen. Er erwartet dies von meiner Ehrenhaftigkeit, nachdem er den wahren Sachverhalt aufgeklärt. Nach Hrn. Dr. Friedberg soll ich zum Beweise dafür, daß an den deutschen Universitäten sozialistische Theorien vorgetragen würden, auf Leipzig verwiesen haben. Thatsächlich habe ich aber gesagt (Stenographischen Bericht): daß 1) möglichweise auf preußischen und nichtpreußischen Universitäten, speciell auch in Leipzig, der Sozialismus unter der studentischen Jugend sehr verbreitet ist, daß man aber 2) daraus, daß der akademischen Jugend sozialistische Lehren vom Katheder herab gepredigt seien, keinen Grund entnehmen könne, den Studenten ihre staatsbürgerlichen Rechte zu entziehen.

Die erste Behauptung hat Dr. Dr. Friedberg nicht widerlegt; ich habe wahrhin keine Veranlassung, an der Richtigkeit meiner Information in dieser Beziehung zu zweifeln. Der zweite Satz meiner Aussführungen geht auch nicht dahin, daß gerade in Leipzig und speciell von den dortigen nationalökonomischen Dozenten vom Katheder herab sozialistische Lehren gepredigt seien. Die studentischen Träger und Verbreiter dieser Ideen können ihre Anregungen ebenso gut in Berlin empfangen haben; und kann die Verbreitung dieser Lehren in Leipzig in ganz andern Verhältnissen begründet sein.

Die Entstehungsart einer Epidemie ist z. B. durchaus nicht immer identisch mit dem Orte ihrer größten Verbreitung. Wenn übrigens Dr. Friedberg aus dem Umlande, daß ein Dozent (Schüler und Gesinnungsgenosse des Professors Gneist) die Notwendigkeit eines Socialistengesetzes betont, beweisen will, daß derselbe nicht früher sozialistische Lehren verküpft haben könnte, so überseht er einfach, daß gerade diejenigen, welche als sogenannte Kathedersozialisten am fahrlässigsten mit dem Feuer gespielt haben, nachher die eifrigsten Vertheidiger von Ausnahmemaßregeln geworden sind; er überseht ferner, daß nicht nur Nationalökonomen, sondern z. B. auch Historiker oder Rechtslehrer etc. sozialistische Theorien entwickeln können. Ich kann also in seinen Ausführungen eine Auflösung des wahren Sachverhaltes nicht erkennen, wenn ich auch keinen Angenblick ansiehe, zu erkennen, daß ich, als ich die angegriffenen Worte sprach, weder an Dr. Waller, der mit vollkommen unbekannt ist, noch an einen andern lebhaften Dozenten gedacht habe. Ich habe nach dem Gesagten nichts zurückzunehmen, einfach weil ich die mir in den Mund gelegte Neuherfung nicht gethan habe, und bin überzeugt, daß Dr. Friedberg, wenn er den Stenographischen Bericht gelesen hätte, keine Veranlassung gehabt hätte, mich öffentlich zur Rede zu stellen.

W. Rejane-Drichtlet, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Preußen. Der Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 27. Febr.: „Die Trauerfeier für Noot fand auf Kosten des Kaisers statt, der dadurch seiner Dankbarkeit gegen den Verstorbenen Ausdruck zu geben wünschte. Es wird jetzt auch bekannt, daß der Kaiser, nachdem er die Nachricht von dem Ableben des Generalfeldmarschalls empfangen, der Witwe einen Besuch gemacht hat, um ihr sofort sein Beileid auszudrücken. Erst am nächsten Tage erfolgte die offizielle und militärische Meldung vom Ableben des Grafen an den Kaiser durch den ältesten Sohn desselben, den Obersten (jetzigen Grafen) Waldemar v. Noot. Wie der Grafenmittel, so geht auch das Fideicommiss, das seinerzeit aus den Dotations des Jahres 1866 und 1871 gebildet wurde und zu dem

auch die Rittergüter Grobnitz und Döbschütz bei Reichenbach und Neuhof bei Koburg gehören, auf des Gräfen ältesten Sohn über.“

Die Neue Preußische Zeitung berichtet aus Berlin vom 28. Febr.: „In der Nacht auf heute um 2 Uhr verstarb hier der Wirkliche Geheimrat Frhr. Karl v. Manteuffel am Herzschlag. Der nun Heingegangene widmete sich während einer langen Reihe von Jahren mit besonderem Eifer der ständischen Tätigkeit. Er fungierte längere Zeit als Vorsitzender des Kommunallandtages der Niederlausitz. Außerdem war er Mitglied des brandenburgischen Provinziallandtages sowie des Provinzialausschusses für die Mark Brandenburg und Mitglied des Verwaltungsgerichts für den Regierungsbezirk Frankfurt. Nicht minder rege und verdienstvoll war seine Wirksamkeit als Mitglied des Abgeordnetenhauses sowie seine Amtsführung als Chef des Ministeriums für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten in der Zeit von 1852—58. Frhr. Karl v. Manteuffel war geboren am 9. Juli 1806, er befand sich also im 73. Lebensjahr.“

Der Cottbuser Fabrikantenverein und die dortige Handelskammer haben (nach einer Mitteilung des Cottbuser Anzeigers) an das Reichskanzleramt das Gesuch gerichtet, durch Abschluß neuer und günstiger Handels- und Zollverträge sowie durch Beibehaltung der bisherigen erprobten Zollpolitik die deutsche Tuchindustrie lebens- und exportfähig zu erhalten. Die Motive, welche dieses Gesuch unterstützen, enthalten die rückhaltslose Anerkennung des von dem Reichskanzler so hart verurteilten bisherigen Systems, dem nach Ansicht der Tuchindustriellen eines für die Tuchindustrie so wichtigen Platzes die Entwicklungsfähigkeit und Exportfähigkeit speciell der laufgeren Tuchindustrie allein zu verdanken ist. In einer Resolution hat sich die Handelskammer dafür ausgesprochen, daß die Fortführung der deutschen Zollpolitik in seitheriger Weise auf Grund von Handelsverträgen mit Zollermäßigungen, basiert auf Gegencessionen, im Interesse der deutschen und speciell der dortigen Industrie eine Nothwendigkeit sei. Die Cottbuser Tuchindustriellen erwarten, daß bei dem Abschluß eines neuen Vertrages mit Österreich solche Tarifzäge vereinbart werden, welche den Export deutscher Wollwaren überhaupt ermöglichen. Nach Aufführung statistischer Notizen über den deutschen Tuchexport heißt es dann: „Nahezu 3000 sehr beträchtliche Tuchfabriken in Deutschland werden, wenn nicht durch neue günstige Handelsverträge Gelegenheit zur Ausfuhr geschaffen wird, sich untereinander aufzuteilen müssen.“ Der Vorschlag eines Schutzzolles auf Schafwolle, der durch den jüngsten Beschluß der Zolltarifcommission allerdings vorläufig beseitigt ist, wird bekämpft, weil bei Einführung eines solchen Zolles der Export nach der Schweiz, Holland, Skandinavien und den überseeischen Ländern aufhören müßte.

Anhalt. In Dessau starb am 25. Febr. im 89. Lebensjahr der königliche Generalleutnant z. D. Frhr. v. Willisen, Senior des Eisernen Kreuzes 1. Klasse. Der Verstorbene war am 30. April 1790 geboren. Bekanntlich kommandierte er 1850 die schleswig-holsteinische Armee in dem Feldzuge gegen Dänemark.

Italien.

Zur Jahresfeier der Papstwahl hielt Cardinal di Pietro, Dekan des Heiligen Colleges, im Namen der Cardinale eine Ansrede an den Papst, welcher darauf folgendes erwiderte:

Höchst erfreulich sind uns die Wünsche, welche Sie, Herr Cardinal, uns an dem heutigen Jahrestage unserer Erhebung zum Pontifikat ausdrücken. Indem wir diese Wünsche mit dem Gefühl der lebhaftesten Genugthuung entgegennehmen, freut es uns, an ebendiesem Tage unsererseits dem Heiligen Collegium unsere Genugthuung auszusprechen für die vielen Proben der Unabhängigkeit und des Dienstes, welche es uns im Laufe dieses Jahres geliefert, und für die Unterstützung, welche es uns bei den schweren Sorgen der Regierung der Kirche gewährt hat. Vom ersten Augenblide an, wo es dem Herrn gefiel, uns auf den erlauchten Sitz Sancti Petri zu erheben, als unsere Seele, bewegt und tief durchdrungen von dem Gedanken an die ungemein schwere Last, welche unserer Gebrechlichkeit auferlegt wurde, sich fast erschreckt fühlte, kam uns die wilsame Stärkung aus der Gewissheit, im Heiligen Collegium eine kraftvolle Stütze zu finden, und aus der bestimmten Hoffnung, daß die göttliche Borsehung, welche uns in so stürmischen Zeiten zur Regierung der Kirche befiehlt, es uns nie an ihrer gnädigen Hilfe fehlen lassen würde. Besetzt von dicker Zuversicht, völlig bekannt mit den Bedürfnissen und den Uebeln der gegenwärtigen Gesellschaft und fest überzeugt von der Macht der Kirche, sie zu heilen, hatten wir vor allem Sorge, der Welt die wohltätige Natur und die heilsame Einflüsse dieser Kirche zu zeigen, um ihr wieder Fürsten und Völker zu Freunden zu machen und um ihr jenen edlen Freiheitszustand wieder zu verschaffen, der ihr nach göttlicher Verordnung zulommt. Wenn unsere Bemühungen und wenn unsere Worte, denen die Gläubigen des Weltalls mit Ehrfurcht und Ergebenheit lauschen, es erreicht haben, in einigen die Liebe zur Kirche wieder zu erwecken und in andern die Geister weniger feindlich zu stimmen, so danken wir es dem, der die Nationen heilbar gemacht hat, dem, der unsern Worten Werd und Wirklichkeit verlieh; wir danken es den unerschöpflichen Schäben von Licht, von Wahrheit, von Schönheit, an denen die Kirche reich ist. Aber indem wir Gott den Schutzb-

gen Dank sagen, erkennen wir, wie rauh und schwierig der Weg ist, den wir durchlaufen müssen; denn die immer verderblichere Art des Uebels, an dem die Gesellschaft fruchtet, die falschen Reden vieler, welche von unverhofften Erfolgen überwältigt wurden, der Krieg, der fast überall in der Welt unerbittlich gegen Kirche und Papstthum geführt wird, alles das läßt dunklere und furchtbare Zeiten voraussehen. Doch werden wir uns mit Gottes Hilfe nie, weder durch widerwärtige Ereignisse noch durch Drogungen oder Schmeicheleien der Feinde, von unseren Pflichten abringen lassen und werden und bemühen, in die Fußstapfen unserer glorreichen Vorgänger zu treten. Immer bereit, dem eine freundliche Hand zu reichen, der reuig und mit gutem Wunsche in den Schoß der Kirche zurückkehrt und aufsteht, sie zu belämmern, werden wir fortfahren, gegen den zu streiten, der ihr den Krieg erklärt, und werden fest und unabänderlich bei der Vertheidigung ihrer Rechte, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Freiheit bleiben. Unser Vertrauen ruht bei dem, dessen Stelle wir, wenn auch unfähig, auf Erden vertreten, bei dem, der den Kämpfenden die Kraft und den Sieg verleiht, bei dem, der gesagt hat: „Habt Vertrauen, ich habe die Welt besiegt“, und der sie besiegt hat mit anscheinend geringen und verächtlichen Mitteln und mit einer Weisheit, die in den Augen der Welt Thorheit erscheint. Wie vertrauen auch, und es ist uns füch, dies zu wiederholen, auf die weise und erkenntete Mitwirkung des Heiligen Collegiums, überzeugt, daß sie uns nie fehlen wird, solange es dem Herrn gefällt, unsre Tage zu verlängern. Mit diesen Gedanken etc. (Folgt die Eröffnung des päpstlichen Segens.)

Frankreich.

Pariser Blätter veröffentlichen den Wortlaut des Schreibens, mit welchem der Präsident Grévy dem Könige von Portugal seinen Amtsantritt notificiert hat. Wahrscheinlich ist dasselbe gleichlautend mit den an die übrigen Souveräne gerichteten Notificierungen. Es lautet:

Jules Grévy, Präsident der französischen Republik. An Se. Maj. den König von Portugal und Algarbien. Sehr lieber und großer Freund! Nachdem der Herr Maréchal de Mac Mahon, Herzog v. Magenta, am letzten 30. Jan. auf seine Gewalten verzichtet hat, sind der Senat und die Deputiertenkammer an dem nämlichen Tage zur Nationalversammlung zusammengetreten, und ich bin zum Präsidenten der französischen Republik ernannt und proklamirt worden. Indem ich das höchste Amt meines Landes annehme, bin ich von den Pflichten durchdrungen, welche es mir auferlegt, und ich weiß, daß ich, um dem Vertrauen meiner Bürgler sowie meinen eigenen Wünschen zu entsprechen, alle meine Sorge darauf richten muß, die guten Beziehungen zu festigen und zu erhalten, welche Frankreich mit den fremden Mächten verbinden, um so zur Festigung des allgemeinen Friedens beizutragen. Ich werde glücklich sein, diese hohe Mission in Eintracht mit Ew. Maj. zu erfüllen, und ich werde es mir angelegen sein lassen, die Freundschaftsbande zwischen unsren beiden Ländern enger zu knüpfen. Ich wage von Seiten Ew. Maj. die Erwähnung meiner Gesinnungen zu erhoffen, und in dieser Überzeugung bitte ich, die Versicherungen meiner hohen Werthschätzung (estime) zu genehmigen.

Geschrieben zu Paris, 2. Febr. 1879.

Jules Grévy.
Waddington.

Rußland.

Der Golos bringt die Ermordung des Fürsten Krapotkin in Verbindung mit einem früheren Angriff mehrerer auf ein Gendarmeriecommando und der Verhaftung eines dieser Uebelthäuter, ohne aber Näheres darüber zu sagen, wie er sich den Zusammenhang denkt. Das Attentat selbst schildert er so: „Fürst Krapotkin war auf einem Balle, verließ denselben gegen 11 Uhr, stieg in den Wagen, drückte sich nach seiner Gewohnheit in die rechte Ecke und ließ das linke Fenster herab. Der Mörder erwartete augenscheinlich den Fürsten. Als der Wagen auf dem Bosnischensischen Square, ungefähr 50 Schritte von des Fürsten Hause, angekommen war, erklang ein Schuß, und der Fürst war verwundet. Hinter dem Wagen des Fürsten fuhr der des Hrn. Suchowzew her; dessen Kutscher sah einen Menschen von kleiner Gestalt über die Straße laufen. Der Fürst rief: „Ich bin getroffen!“ und der Kutscher fuhr schnell ins Haus. Aus dem Wagen trug man den ganz mit Blut übergesossenen Fürsten auf den Händen. Der Schuß war von oben nach unten gerichtet. Drei Schritte von dem Laternenpfahl, woher der Schuß gekommen, fand man einen Haufen von auf der Straße zusammengefallen Eis und Schmutz, der am Abende gefroren war. Augenscheinlich hatte der Mörder auf dieser Erhöhung gestanden. Der Mörder mag die Gewohnheit des Fürsten geläufig haben, in der rechten Ecke zu sitzen, und hat sich deshalb auf der entgegengesetzten Seite aufgestellt. Der Schuß war aus dem allerweitesten treffenden Revolver vom größten Kaliber, nach dem System Siemens u. Wessen, abgefeuert. Das Kaliber der Kugel betrug 12 Millimeter. Bei der von dem Professor der Chirurgie an der Karlsischen Universität, Hrn. Grubbe, ausgeführten Untersuchung zeigte es sich, daß es unmöglich sei, die Kugel herauszuziehen. Sieben Knochensplitter wurden herausgezogen.“ (Belanntlich ist der Fürst seitdem gestorben.) Die Neue Zeit glaubt zu wissen, daß man den Mörder aufgefunden habe.

Der Wiener Abendpost schreibt man aus Petersburg vom 23. Febr.: „Das Attentat auf den Gouverneur von Charlow, Generalleutnant Fürst Dmitry Krapotkin, hat hier tiefen Eindruck gemacht. Der tödlich Verwundete hatte den Ruf eines

wohlwollenden Mannes, welcher stets seine Schuldigkeit erfüllte und niemand zu nahe trat. Man glaubt hier, der Thäter sei identisch mit jenem, welcher den Generaladjutanten Mefenzow ermordete. Es ist ungerechtfertigt, wie ungeachtet der energischen Maßregeln unserer Polizei die verborgene nihilistische Massia immer noch bestehen kann."

Königreich Sachsen.

Aus Dresden vom 28. Febr. berichtet das Dresdner Journal: „Ihre Maj. die Königin ist gestern Vormittag gegen 10 Uhr glücklich in Regensburg eingetroffen. — Se. Maj. der König sowie Se. Königl. Hoh. der Prinz Georg haben gestern den Oberhofmarschall a. D. Frhrn. v. Friesen aus Anlass dessen Goldener Hochzeitsfeier in seiner Wohnung persönlich zu beglückwünschen geruht.“

Unterm 28. Febr. berichtet das Dresdner Journal:

Mit Ausnahme einer Störung auf den Routen Herlasgrün-Haisenstein und Chemnitz-Aue haben seit unterm letzten Bericht die sächsischen Staatsbahnen den Betrieb auf allen Linien zwar aufrecht erhalten, es hat jedoch hierzu bedeuter Anstrengungen bedurft, nachdem sich seit gestern Nachmittag von neuem ein hier und da ziemlich stark auftretender Schneefall eingestellt hat. Es haben daher vielfache Verspätungen stattgefunden; immerhin aber ist die Thatsache erfreulich, daß endlich heute Nacht die magdeburger, thüringische sowie berliner Anschiffe eingetroffen und auch die bayerischen gestern Abend und heute Vormittag nicht weggeblieben sind. Der Kurierzug aus Wien traf heute Vormittag wie bisher pünktlich ein, der zweite Zug von Chemnitz hatte die Fahrtzeit bereits um 25 Minuten überschreiten müssen. Mittags 1 Uhr lautete die neueste Nachricht aus Freiberg: „Zwischen hier und Döbeln bestiger Wind mit Schneefall.“

Die Neue Reichszeitung hat eine neue Taktik ausgedacht zu Gunsten ihrer Agitation für Getreidezölle. Wer gegen Getreidezölle spricht, sagt sie, fördert die sozialdemokratische Agitation; ja, wenn sich letztere bei den neuesten Ergänzungswahlen zum Reichstage (in Breslau, Duisburg, Döbeln) wieder rühriger und mutiger gezeigt hat, so ist das wesentlich mit die Schuld derer, welche gegen die Getreidezölle ankämpfen, also der Liberalen. Und wie so das? Nun, ganz einfach deswegen, weil die Gegner der Getreidezölle die Befürchtung aussprechen, daß durch solche den Consumenten, also auch dem Arbeiter das tägliche Brot verhöhnet werden möchte. „Es gibt nichts in der Welt“, sagt das conservative Blatt, „was aufreizender (!) wirken könnte als die Phrase von der Speculation der Producenten auf die Verhöhnung des täglichen Brotes.“ Wir werden uns nicht wundern, wenn die Neue Reichszeitung das nächste mal die Agitation gegen Getreidezölle geradezu unter das Socialistengesetz zu stellen empfiehlt.

* Leipzig, 1. März. Der Vorstand des „Vereins der Theaterfreunde“ erklärt in einer den Leipziger Nachrichten zugesandten „Berichtigung“, daß die in der Vorstellung vom 24. Febr. gegen den Dr. Förster erfolgte Demonstration von dem Verein der Theaterfreunde nicht in Scne gesetzt worden ist. Ob „bekannte Mitglieder des Vereins“ bei der Demonstration beteiligt gewesen, sei für die angeführte Thatsache ohne Einfluß, da der Verein nicht über das Thun und Lassen seiner Mitglieder außerhalb des Vereins und seiner Beschlüsse zu wachen habe.

* Leipzig, 1. März. Der Ausfall der Reichstagswahl im 10. Wahlkreise, soweit er bis gestern, 28. Febr., bekannt war, ergab (nach einem Extrablatt der Döbelner Zeitung) für den gemeinsamen Kandidaten der Conservativen und National-Liberalen, den freiconservativen Geheimrat v. König, 3914, für den Socialisten Burkhardt 2768 Stimmen. Es war dies das Wahlresultat von 8 Städten und 75 ländlichen Wahlbezirken. Da jedenfalls die Dörfer ganz überwiegend für v. König gestimmt haben, so ist dessen Wahl mit ziemlich großer Mehrheit kaum zweifelhaft.

— In der am 27. Febr. fortgesetzten Ziehung der Albert-Vereinslotterie fiel auf Nr. 6437 der erste Hauptgewinn (ein vollständiges silbernes Tafelservice für 24 Personen, Wert 8000 M.), auf Nr. 21926 der zweite Hauptgewinn (eine für 24 Personen gebaste Tafel, bestehend aus einem Porzellantafel- und Dessertservice aus der königlich sächsischen Porzellanmanufaktur in Meißen, einem Damasttafeldeck und 24 vollständigen silbernen Bestecken u. c., Wert 3000 M.) und auf Nr. 1137 der vierte Hauptgewinn (ein Salontafel, Wert 1000 M.). Mit der heutigen Ziehung hat die Lotterie ihr Ende erreicht.

Handel und Industrie.

Aus Lüden vom 28. Febr. wird der Magdeburgischen Zeitung berichtet: „Der hiesige Viehhändler Karl Paasch ist sofort nach seiner Vernehmung, in der er über die Einschleppung der Kinderpest und über das, was er zur Bekämpfung der Krankheit gethan habe, ein offenes Geständnis ablegte, verhaftet worden. Die der Senke hier auf in Bothfeld zum Opfer gefallenen Kinder werden nun auf 100000 M. abgeschätzt.“

* Bremen, 28. Febr. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9,00, per März 9,00 bez., per April 9,10, per Mai 9,20, per August-December 10,00.

* Antwerpen, 28. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinates, Type weiß, loco 23%, bez., 24 Br.,

per März 23%, bez. u. B., per April 23%, Br., per September-December 23 Br. u. Ruhig.

* Glasgow, 28. Febr. (Roberts.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 10 D. & 43 Sh. 11 D.

* Liverpool, 28. Febr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unterander, Riddling amerikanische Februar-März-Lieferung 5%, April-Mai-Lieferung 5 1/2%, D.

* Liverpool, 28. Febr. (Baumwollen-Wochenbericht.) Wothenumsay 48000, bezgl. von amerikan. 38000, bezgl. für wirtl. Consum 41000, bezgl. unmittelbar ex Schiff 8000, wirtlicher Export 2000, Import der Woche 64000, davon amerikanische 54000, Borsbach 516000, davon amerikanische 390000, schwimmend nach Großbritannien 387000, davon amerikanische 336000.

* Manchester, 28. Febr. (Garn.) 12t Water Armistage 6%, 12t Water Taylor 7, 20t Water Middle 7%, 30t Water Sidlow 8%, 30t Water Clayton 8%, 4 t Wule Mayall 7%, 40t Middle Wilkinson 9%, 36t Warpcots Rowland 8%, 40t Double Weston 9%, 60t Double Weston 12%, Printers 11% 11% 8 1/2%, pfd. 87. Ruhig.

Börsenberichte.

* Berlin, 1. März, 12 Uhr 5 Min. Eröffnungssatz. Ost. Creditact. 413,50, Ost.-Franz. Staatsb. 427,50, Ost. Südbahn (Comb.) 115,50, Berg.-Würt. 77,50, Köln-Mindener 105,25, Galiz. Karl-Ludwigsb. 97,10, Rhein. 107,25, Rumän. 29,50, Disconto-Comm. 132,25, Königs- und Laurahütte 66,25, Ost. Rose v. 1860 111,90, do. Goldrente 65,75, do. Silberrente 55,60, do. Papierrente 54,90, Russ. Ank. v. 1877 85,90, do. Bankt. 200,—, Deutsche B. v. 1877 85,90, do. Goldrente 73,70, Tendenz: ruhig.

Aus Wien befannen Cursen von 11 Uhr 10 Min. vorm. Ost. Creditact. 229,20, Ost.-Franz. Staatsbahnact. 246,50, Ost. Südbahn (Comb.) 66,50, Galiz. Karl-Ludwigsb. 222,—, Ost. Goldrente 75,70, Deutsche Marknoten 57,30, Napoleonssb'or 9,29, Tendenz: fest.

* Berlin, 28. Febr., 3 Uhr 5 Min. Sonds. Deutsche Reichsanleihe 96,40, 4%, proc. preuß. consol. Ank. 105,—, Proc. sächs. Rente 73,80, Ost. 1860er Rose 111,50, do. Papierrente 54,90, do. Silberrente 55,60, do. Goldrente 65,75, Ungar. Goldrente 73,50, Russ. consol. 1877er Ank. 86,—, do. Prämieneinlaide 147,—.

* Bankaktionen. Allg. Deutsche Creditanst. 116,—, Chemn. Bankv. 73,10, Koburger Cred. 69,—, Darmst. B. 117,90, Deutsche B. 100,60, Deutsche Reichsb. 152,75, Disconto-Comm. 132,50, Dresd. B. 101,50, Geraer B. 77,25, do. Handels- u. Credit. 48,75, Gothaer B. 86,—, Leipziger Discontoef. 69,—, Meining. Creditanst. 73,—, Oberlaus. B. 67,50, Sächs. B. 103,75, Schön. B. 23,—, Thüring. B. 76,—, Weimar. B. 83,—, — Ost. Creditanst. 414,50, Industriaktionen Gelsenkirchen 92,25, Königs- u. Laurahütte 66,25.

* Eisenbahnaktionen. Aufsig.-Tepl. —, Berg.-Märkische 77,50, Berlin-Auk. 88,90, Berlin-Potsd.-Magdeb. 79,90, Breslau-Schweidnitz-Greib. 65,40, Berlin-Stettin 97,50, Köln-Windm. 105,10, Galiz. Karl-Ludwigsb. 97,50, Halle-Sorau-Guben 15,90, Magdeb.-Halberst. 125,75, Mainz-Ludwigsb. 67,25, Oberjohlf. La. A 124,50, Prag-Turnau 40,25, Ost.-Franz. Staatsbahn 429,—, do. Nordwestb. 201,50, do. Südl. Staatsb. 115,50, Rhein. 107,25, Rumän. Stammact. 29,75, do. Stammprisor. 83,50, Thür. 116,—, Weimar-Gera 34,—.

* Sorten. Napoleonssb'or 16,19, Ost. Banknoten 174,40, do. Silbergulden —, Russ. Banknoten 200,15.

* Wechsel Petersburg i. S. 199,90, do. 3 M. 199,40, Wien i. S. 174,30, do. 2 M. 173,30.

* Frankfurt a. M., 28. Febr. Schlusserufe: Londoner Wechsel 20,40, Wiener Wechsel 174,30, Proc. Sächsische Rente 73%, Ost. Papierrente 54%, do. Silberrente 55%, do. Goldrente 65%, Staatsb. 213%, Lomb. 56%, Galiz. 193%, Ost. Creditact. 206%, Darmst. Banknoten 117%, Deutsche Reichsbank 153%.

* Frankfu. a. M., 28. Febr., 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditactien 204%, Franzosen 214.

* Hamburg, 28. Febr. Silberrente 55%, Goldrente 65%, Creditact. 206%, 1860er Rose 112, Franz. 532%, Lomb. 142, Ital. Rente 76%, 1877er Russen 85%, Vereinsb. 122, Laurahütte 65%, Commerz. 102, Norddeutsche 138%, Intern. B. 83%, Amerik. 96%, Köln-W. 105%.

* Wien, 28. Febr. Schlusserufe: Papierrente 63,—, Silberrente 63,90, 1860er Rose 114,90, Nordwestb. 115,50, Bankact. 78,—, Creditact. 227,80, Anglo-Aust. -Bank 198,—, 1877er Russen 88%, Franz. 533,75, Lomb. 148,75, do. Prior. 244,—, 1865er Türk. 12,70, 1869er 78,—, Türkentloje 48,20.

* Berlin, 28. Febr. Weizen per loco 150—190, per Frühj. 178,00, per Juni-Juli 184,50. Roggen: loco 124,—, per diesen Monat 124,—, per Frühjahr 123,50, per Mai-Juni 123,50, Klinbig.: 1, Tendenz: fest. Spiritus: loco 51,60, per März 51,30, per Frühjahr 52,30, per Mai-Juni 52,50, Klinbig.: 2, Tendenz: matt. Rübbel: loco 58,80, per diesen Monat 58,60, per Frühjahr 58,80, per Mai-Juni 59,10, Klinb.: 1, Tendenz: still. Hafer: per Frühjahr 115,50, per Mai-Juni 117,—.

* Leipziger Productenbörse vom 1. März, mittags 1 Uhr. Witterung: Schnee. Weizen per 1000 Ro. netto loco 175—182 M. bez., geringer 155—165 M. bez.; etwas höher. Roggen per 1000 Ro. netto loco 135 M. bez., frümer 118—124 M. bez.; fest. Gerste per 1000 Ro. netto loco feinst. Sorte 170—175 M. bez., Landware 148—150 M. bez., geringe 120—125 M. bez. Hafer per 1000 Ro. netto loco hiesiger 127 M. bez., frümer 120—124 M. bez. Mais per 1000 Ro. netto loco ungarischer 123—124 M. bez. Raps per 1000 Ro. netto loco 260 M. bez. Rapskuchen per 100 Ro. netto loco 14 M. Br. Rübbel per 100 Ro. netto loco 56,50 M. bez., per April-Mai 57,50 M. Br.; höher. Spiritus per 1000 Liter Proc. ohne Faz. loco 51,10 M. bez. u. G.; unverändert.

* Leipzig, 1. März. Die Stimmung der heutigen Börse war eine ziemlich feste, auch die Umsätze waren von einem Belang.

Sächsische, Preußische und Reichsrenten sowie Oesterreichische und Russische Renten in gutem Verkehr. Zeptler-Anleihe bei etwas schwächerer Notiz gern genommen.

Eisenbahnaktionen wenig Geschäft; es verkehrten Rumäniener, Bischlebrader, Anhalter, Thüringer, Potsdamer, Magdeburger und Sorauer bei fast unveränderten Cursen. Von Bankactien zeichneten sich Leipziger Creditactien bei steigenden Cursen und lebhaftem Handel aus, außerdem Berliner Disconto, Geraer Bank, Geraer Credit und Leipzig.

Deutsche Prioritäten fortwährend in guter Frage. Bei Oesterreichischen zeichneten sich Prag-Duxer aus, die höher verkehrten, ferner Vilna-Prisen, Bischlebrader, Turnauer, Bodenbacher, Aufsig.-Teplizer und Galizier.

Industrie- und Kohlenpapiere geschäftlos.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Wien, 28. Febr. Heute wurden im Ministerium des Innern unter Mitwirkung der beihilfeten Ministerien noch einige nachträgliche Punkte zu der Vereinbarung mit der serbischen Regierung wegen Abschlusses an die Beschlüsse der wiener Commission betrifft. Herrhaltung der Pestgefahr erledigt und die Verhandlungen damit abgeschlossen. Bei den Verhandlungen wurden auch Punktionen bezüglich der Dampfschiffahrt auf der Donau unterhalb Orfowa festgestellt. Hierbei wurde zum Ausgangspunkt genommen, daß die Fahrten an vollständig unbedeutlichen Uferstrecken getrennt von jenen an den anderen Uferstrecken der Donau stattzufinden haben. Die einzuhaltenden sanitären Vorsichtsmassregeln und die von den beihilfeten Regierungen vorzunehmenden Amtshandlungen werden genau festgesetzt, und werden diese Punktionen auch einen integrierenden Bestandteil der Vereinbarungen mit der rumänischen Regierung zu bilden haben.

* Versailles, 28. Febr. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer bildete die Rentenvertirungsfrage den Gegenstand eines Zwischenfallen. Anisson (von den Rechten) behauptete, daß die Waage an der Börse durch das Schweigen des Finanzministers über den eventuellen Termin der Convertitirung begünstigt worden sei. Redner beantragte jedoch keine Tagesordnung, sondern verlangte einfach weitere Aufkunft über die von ihm behauptete Thatsache. Der Finanzminister erwiderte, die Initiative der Regierung in dieser Frage könne nur durch Schweigen gewahrt werden, daß so lange dauern müsse, bis der Tag zur Vorlegung des Convertitirungsprojekts gekommen sei. Er sei nicht wenig überrascht gewesen von der ersten Behandlung, die die Frage — zum Schaden der Initiative der Regierung — in der Budgetcommisssion erfahren habe. Diese Auseinanderstellung des Ministers rief lebhafte Proteste der Deputirten Allain-Targé und Douville (von der Linken) hervor, worauf der Minister fortwährt: wenn man ihn interpellire, würden diejenigen, die ihn interpellirten, allein verantwortlich sein für die Aufregung, die die Interpellation zur Folge haben werde. Douville protestierte hiergegen wieder namens des den Deputirten zustehenden Rechtes auf Ergriffenheit der Initiative, während der Kommissar de la Motte dem Minister vorwarf, daß er fünf Tage gewartet, ehe er sich zu einer Erklärung herbeigeflossen habe.

Der Senat beriehlt die Amnestieverlasse. Victor Hugo beantragte die Gewährung uneingeschränkter Amnestie. Der Justizminister Leroyer trat für die Regierungsvorlage ein und hob hervor, daß die Regierung stark genug sei, um volle Amnestie gewähren zu können, wenn sie das wolle, daß jedoch die Verbrechen, die begangen worden seien, der Vergessenheit nicht übergeben werden könnten. Der Minister brandmarkte mit großer Entschiedenheit die Commune und die Schriftsteller, die dieselbe verherrlichten, und fügte hinzu, die jetzige Amnestie sei ein Act der Humanität, der keine Gefahren mit sich führe. Speciell auf die Frage der in contumaciam Verurtheilten eingehend, betonte der Minister, daß der Gesetzgebung alle erforderlichen Garantien biete, und wie er hoffe, daß die Rückkehr der Contumacirten nach Frankreich eine große Verhinderung herbeiführen werde. Sollten die Rückkehrenden sich unanständig zeigen, so werde das Gesetz nicht ohnmächtig sein, man werde dann die Strenge an die Stelle der Milde setzen. Die Regierungsvorlage wird hierauf mit 163 gegen 86 Stimmen angenommen.

* London, 28. Febr. Der Großherzog von Hessen hat heute Nachmittag seine Rückreise via Brestingen angetreten.

* London, 1. März morgens. Nach weitern Nachrichten vom Cap ist die gegenwärtige Lage der englischen Truppen daselbst eine befriedigende. Oberst Buller unternahm eine Reconnoisirung und brachte bei dieser Gelegenheit den Militärcaal Banguishin niederr. Die von den Engländern angelegten Verhüllungen in Etowé und Helpmakaar sichern die Truppen gegen die Angriffe der Zulus. Letztere bestätigten, den Zulus zu überschreiten und Natur anzugreifen, wurden aber hieran durch das andauernde Regenwetter gehindert, infolge dessen der Fluss sehr angewachsen ist.

Leipziger Börse.

1. März.

Wechsel

Amsterdam pr. 100 Ct. d.	1	S. p. 8 T.	168,90 G
Bрюссель und Antwerpen pr. 100 Francs.	1	S. p. 2 M.	168,10 G
Londen pr. 1 L. Sterl.	1	S. p. 8 T.	80,95 G
Paris pr. 100 Francs	1	S. p. 3 M.	80,35 G
Petersburg pr. 100 Silb. Rubel	1	S. p. 8 T.	80,47 G
Warschau pr. 100 Silb. Rubel	1	S. p. 3 M.	80,84 G
Wien pr. 100 fl. in Oesterz. Währ.	1	S. p. 8 T.	81,05 G
	1	S. p. 3 M.	80,50 G
			—
			—
			—
			174 G
			172,10 G

Deutsche Fonds.

Deutsche R.-Anl. 1877 v. 1000—2000.	K 4	1/4	1/10	96,45 ba
do. do. do. v. 1000	K 4	do.		96,50 ba
do. do. do. v. 500—200	K 4			96,50 ba
S. Remittmann, v. 1878 v. 1000—3000.	K 3	1/1,	1/7	73,50 G
do. do. do. do.	3	1/4,	1/10	73,50 G
do. do. do. v. 1000	K 3	1/1,	1/7	73,50 ba
do. do. do. do.	3	1/4,	1/10	73,50 G
do. do. do. v. 500	K 3	1/1,	1/7	73,50 ba
do. do. do. do.	3	1/4,	1/10	73,50 G
do. do. do. v. 300	K 3	1/1,	1/7	77,25 G
do. do. do. do.	3	1/4,	1/10	78 B
S. St.-Anl. v. 1880 v. 1000 u. 500	G	1/4,	1/10	96,50 G
do. - 1000 — 200 — 25	G	do.		96,50 G
do. - 1855 - 100	G	do.		95 ba
do. - 1847 - 500	G	do.		95 B
do. - 1852 — 68 v. 500	G	1/1,	1/7	97,50 ba
do. - 1869 - 500	G	do.		97,50 ba
do. - 1852 — 68 - 100	G	do.		98 G
do. - 1868 v. 100	G	do.		98 G
do. — 50 u. 25	G	do.		98,75 G
do. - 1870 - 100 u. 50	G	do.		99 G
do. — 500	G	do.		101,15 G
do. — 100	G	do.		101,15 G
do. Löh-Zittau Lit. A. & 100	G	do.		99 G
do. do. B. & 25	G	do.		98 G
do. Act. a. S.-Schl.-E. & 100	G	do.		105 G
do. Albh.-Fr. I u. II. E. & 100	G	do.		102,25 G
do. do. III. E. & 100	G	{ 1/4,	1/10	102,25 G
S. Landrentenbr. v. 1000 u. 500	G	do.		88,35 B
do. — 100 — 12 1/2	G	do.		89 G

epefchen

im Ministerium
schäftigten W
ie zu der Ver
ung wegen Na
Kommission be
er erledigt un
Bei den Ver
bezüglich de
chhalb Drisow
angspunkt ge
ndig unbedenk
n den andern
ben. Die ein
n und die vo
menden Amis
d werden dies
Bestandtheil der
Regierung g

utigen Sitzungen
e Rentencon-
Brischensalles
dach die Baisse
s Finanzminis-
Convertisierung
te jedoch stein-
weitere Auf-
sathache. Der
der Regierung
eigen gewohnt
der Tag zum
gesommen sei
von der erzeug-
Schaden der
bgetcommision
Ministers rich-
in - Targe und
rauf der 31.

erlage. Victor
schränkter Am-
für die Re-
ag die Regie-
gewöhnen zu
die Verbrechen.

heit nicht über-
handmarkte mit
d die Schrift-
ge hinzug, die
ität, der keine
die Frage der
, betonte der
erforderlichen

die Rückkehr
große Verwirrung.
Rückkehrenden
es nicht ohne
Zerstörung an die
Vorlage wurt
genommen.
Der Erzog von
Württemberg via

weitern Nach-
ge Pose der
ende. Oberst
und braunte
Bangulissimi
elegten Ver-
sichern die

Leichtere best
und Matel
s andauernde
t Fluss sehr

Anf ünd iqu n a e n.

Theater der Stadt Leipzig. Neues Theater. Sonntag, 2. März. **Götterdämmerung.** Dritter Tag aus der Trilogie „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner. (Anfang 6 Uhr.) (61. Abonnement-Vorstellung.)
Altes Theater. Sonntag, 2. März. (8 Uhr Nachmittags. Zu ermäßigten Preisen. Volksbürtige Vorstellung.) **Nathan der Weise.** Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Lessing. Nathan, Herr Dr. August Hörsler. — (7 Uhr Abends.) **Kumpaci Bagabundus, oder: Das niederkäfige Kleeblatt.** Zauberposse mit Gesang in 8 Akten von Nestroy. Musik von Adolf Müller.

